

Das Magazin des Deutschen Studierendenwerks

DSW JOURNAL

Lydia Hüskens

Die FDP-Politikerin aus Sachsen-Anhalt will die Verwaltung digitalisieren

Laura Kraft und Stephan Albani

Die Grünen- und der CDU-Bundestagsabgeordnete streiten über die Zivilklausel

Armin Himmelrath

Der Bildungsjournalist wertet die 22. Sozialerhebung politisch aus

»Reformiert endlich das BAföG«

Wie **Katja Urbatsch** von Arbeiterkind.de die Studienförderung umbauen würde

USA: WISSENSCHAFTSFREIHEIT IN GEFAHR

ANNIKA BROCKSCHMIDT über den Kulturkampf der Republikaner an US-Hochschulen



Helfen
Sie unter
www.dkhw.de

Ihre Spende gibt Kindern ein **gutes Bauchgefühl.**

Viele armutsbetroffene Kinder haben wenig Möglichkeiten, sich gut zu ernähren. Für diese Kinder setzen wir uns ein. Helfen Sie mit.



Spendenkonto
IBAN DE27 3702 0500 0003 3311 11
Bank für Sozialwirtschaft



Ohne Sicherheitsnetz

»**W**enn man wirklich will, dann kann man es auch schaffen“ - als Mensch ohne akademisch gebildete Eltern, an Deutschlands Universitäten. Diesen Satz kann Katja Urbatsch nicht mehr hören. Die Gründerin und Geschäftsführerin von Arbeiterkind.de sagt im Interview in dieser Ausgabe unseres DSW-Journals, warum: „Das vernachlässigt die Hürden, die Nicht-Akademiker haben. Dass sie oftmals ohne jedes Sicherheitsnetz leben. Dass sie nicht selten am Existenzminimum entlangschrammen und Existenzängste haben.“ Damit die Hürden für Studierende aus Nicht-Akademiker-Familien weniger werden, dafür engagiert sich Katja Urbatsch mit ihrer vielfach ausgezeichneten Initiative Arbeiterkind.de seit nunmehr 15 Jahren. Der für sie entscheidende Hebel, ob jemand aus einem nicht-akademischen Haushalt ein Studium aufnimmt: das BAföG. In seiner heutigen Form sei es nicht mehr zeitgemäß, kritisiert Urbatsch, und fordert eine Generalüberholung_S.50

Apropos BAföG: Wie wichtig eine grundlegende Reform des Herzstücks staatlicher Studienfinanzierung ist, zeigt auch die neueste, mittlerweile 22. Sozialerhebung_S.14. Die Digitalisierung des BAföG sei „ein Thema, über das wir hoffentlich nächstes Jahr nicht mehr reden müssen, weil



»Im Vergleich zu den Problemen, denen das deutsche Hochschulsystem gegenübersteht, droht dem amerikanischen ein ausgewachsener politischer Alptraum«

das BAföG-Antragsverfahren dann nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern überall in Deutschland komplett digitalisiert sein wird: vom Antrag bis zur Bewilligung in den Studierendenwerken.“ Das sagt - nein, keine Wissenschaftsministerin, keine Bundesministerin, sondern Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt. Die FDP-Politikerin, Landesvorsitzende und Mitglied im Bundespräsidium ihrer Partei, hat federführend das Online-Antragsportal „Einmalzahlung200.de“ für die 200 Euro Direkthilfe der Bundesregierung an die Studierenden und Fachschüler*innen realisiert. „Wir konnten zeigen, dass wir als kleines Bundesland bundesweite digitale Lösungen hinkriegen“, sagt sie stolz. Lydia Hüskens hat einen biografisch bedingten engen Bezug zu BAföG und Studierenden: Von 2015 bis 2021 war sie Geschäftsführerin des Studentenwerks Halle. Lesen Sie Jan-Martin Wiardas Porträt „einer Ungeduldigen“_S.44

Im Vergleich zu den Problemen, die Katja Urbatsch und Lydia Hüskens im deutschen Hochschulsystem adressieren, droht dem amerikanischen ein ausgewachsener politischer Alptraum. Dort sei die Wissenschaftsfreiheit als Ganzes in Gefahr - und zwar von rechts, analysiert unsere Autorin Annika Brockschmidt, Expertin für die politische und religiöse Rechte in den USA. Am Beispiel des republikanischen Senators von Florida, Ron DeSantis, zeigt sie auf, wie die republikanische Partei an den amerikanischen Hochschulen einen Kulturkampf führt gegen alles, was sie als „woke“ empfindet - und, so Brockschmidt, „den Anfang vom Ende Floridas als Wissenschaftsstandort“ eingeläutet habe_S.18

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.
Ihr

Matthias Anbuhl

Matthias Anbuhl
Vorstandsvorsitzender des Deutschen Studierendenwerks
matthias.anbuhl@studierendenwerke.de



14 Politik 22. Sozialerhebung

Armin Himmelrath bilanziert die soziale Lage der Studierenden / 14-17



18 Politik Kulturkampf

US-Republikaner gegen die Wissenschaftsfreiheit / 18-23



24 Praxis I Niedersachsen-Menü

Studierende werden in Niedersachsen für 2,50 Euro satt / 24-29



30 Praxis II Graffiti-Kunst

Eine Reise durch die visuelle Welt der Studierendenwerke / 30-39



40 Praxis III Future Camp

Das Studentenwerk Schleswig-Holstein blickt mit Studierenden in die Zukunft / 40-43



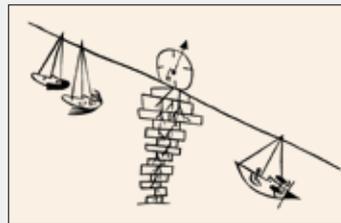
44 Profil Lydia Hüskens

Sachsen-Anhalts Ministerin für Digitales im Porträt / 44-47



48 Perspektive Professor*innen-Mehrheit

Karl-Heinz Reith analysiert ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts / 48-49



6 Community

Teamwork

Das Food-Court-Team des Studierendenwerks Siegen / 9

Standort

Das Studierendenwerk Erlangen-Nürnberg stellt sich vor / 10-11

Streitgespräch: Zivilklausel?

Laura Kraft (Bündnis90/Die Grünen) und Stephan Albani (CDU) / 12-13

50 13 Fragen an ...



Katja Urbatsch, Gründerin und Geschäftsführerin von Arbeiterkind / 50-51

»Ran an die Strukturen!«

52

Beate Schücking trifft ... Matthias Weingärtner, Studentenwerk Potsdam



Die DSW-Präsidentin und das studentische Verwaltungsratsmitglied im Gespräch / 52-53

Fotos: picture alliance/REUTERS/Amr Alfiky | picture alliance/ZUMAPRESS.com/Paul Hennessy | Axel Herzig | Jan Quedens | Charles Yunck | Rolf Schulten | Kay Harschelmann | Illustrationen: SEVN Agentur GmbH | Christoph Vieweg



Hans-Dieter Rinkens

Drei DSW-Generalsekretäre hat er in seiner zehnjährigen Amtszeit als Präsident des Deutschen Studentenwerks von 1996 bis 2006 erlebt – und den Umzug der DSW-Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin umsichtig begleitet. Doch noch mehr als das bleibt Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens als unermüdlicher Kämpfer für mehr soziale Durchlässigkeit des deutschen Hochschulsystems und als messerscharf analysierender Gegner von Studiengebühren in Erinnerung. Die Studierenden standen für ihn immer an erster Stelle. Er hatte immer ein Ohr für sie, und er war maßgeblich an der Gründung eines Studierendenrats in den DSW-Verbandsgremien beteiligt. Ein besonderes Anliegen war dem Mathematik-Didaktiker und Rektor der Universität Paderborn in den Jahren 1987 bis 1996 auch die anschauliche und verständliche Vermittlung wissenschaftlichen Fachwissens. Am 29. Mai 2023 starb Hans-Dieter Rinkens im Alter von 80 Jahren. Das Deutsche Studentenwerk wird ihn als großen DSW-Präsidenten in bester Erinnerung behalten.



Eva Löwen

Nachhaltigkeit wird beim Studentenwerk Osnabrück groß geschrieben. Nun hat es dafür eine Fachkraft als Nachhaltigkeitsmanagerin

gewonnen: Eva Löwen. Die erfahrene Ökotrophologin nimmt die bisherigen Maßnahmen unter die Lupe, entwickelt neue, und führt ein umfassendes Energiemanagement ein. Damit ökologisch-soziales, zukunftsfähiges Wirtschaften möglich wird, müssen alle Abteilungen an einem Strang ziehen und aufeinander abgestimmt agieren, so die neue Mitarbeiterin. Und bei ihrer neuen Aufgabe wird sie das Studentenwerk sehr genau betrachten, denn „jeder noch so kleine Bereich ist wichtig und ein Baustein für ein nachhaltig wirtschaftendes Unternehmen“. *mm.*

www.studentenwerk-osnabrueck.de



(v. l. n. r.) Elmar Köninger, Abteilungsleiter Gastronomie des Studierendenwerks Siegen, nimmt die Auszeichnung der Hochschulgastronomie des Studierendenwerks Siegen zum „Bio-Leuchtturm“ entgegen von Dr. Martin Berges, Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Elmar Köninger

Der Abteilungsleiter Gastronomie des Studierendenwerks Siegen darf sich freuen: Das besondere Engagement „seines“ Studierendenwerks beim Einsatz von Bio-Lebensmitteln wurde vom NRW-Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, vertreten durch Staatssekretär Dr. Martin Berges, am 31. Mai 2023 während einer zentralen Netzwerkveranstaltung als Bio-Leuchtturm der Initiative „NRW kocht mit Bio“ ausgezeichnet. Zusammen mit zwei weiteren ausgezeichneten Betrieben zeige das Studierendenwerk Siegen eindrucksvoll, wie „Bio“ in der so wichtigen Außer-Haus-Verpflegung in NRW funktioniere, sagte Berges bei der Ehrung. Für das Studierendenwerk Siegen haben schon seit Jahren drei Aspekte in der Hochschulgastronomie oberste Priorität: Öko-Produkte, Regionalität und Saisonalität. *mm.*

www.studierendenwerk-siegen.de



Robert Gerling

Das Studierendenwerk Bremen hat Klimaschutz und Nachhaltigkeit ganz oben auf seiner Prioritätenliste stehen. Ein logischer Schritt war die Verstärkung des Teams durch Klimaschutzmanager Robert Gerling. „Unser studentisch geprägtes Umfeld hat großes Interesse an den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Dieses Entwicklungspotenzial wollen wir nutzen“, so Geschäftsführer Hauke Kieschnick. Dafür wird der von der Nationalen Klimaschutzinitiative geförderte Gerling ein integriertes Klimaschutzkonzept für das Studierendenwerk Bremen entwickeln. Bereits bestehenden Projekten sowie neuen Maßnahmen zum Schutz des Klimas wird dadurch ein strategischer Rahmen gegeben. *mm*.

Unser studentisch geprägtes Umfeld hat großes Interesse an den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Dieses Entwicklungspotenzial wollen wir nutzen

www.studierendenwerk-bremen.de

Robert Gerling (l.) ist neuer Klimaschutzmanager des Studierendenwerks Bremen. Hier mit Geschäftsführer Hauke Kieschnick.



Nassim Ali Jan, Koch-Azubi im dritten Lehrjahr, und sein Ausbilder Ulrich Kühn freuen sich über den dritten Platz des angehenden Jung-Kochs bei den Stadtmeisterschaften der Azubis in Trier.

Nassim Ali Jan

In den Genuss, mit einem Spitzenkoch in der Küche zu stehen, ist Koch-Azubi Nassim Ali Jan vom Studierendenwerk Trier gekommen. Der angehende Jung-Koch ist im dritten Lehrjahr und lernte zusammen mit anderen Migrant*innen aus Syrien, Afghanistan und Tunesien eine Woche lang vom Wiener Spitzenkoch Harald Fargel original österreichische Spezialitäten in der Mensa zuzubereiten. Nassim durfte Fargel bei der Zubereitung von Waldviertel-Schnitzel, Rindsuppe mit Kräuterrisotto und Wiener Kaiserschmarrn zur Hand gehen. Ein weiteres Highlight: Der junge Syrer belegte auch bei den Stadtmeisterschaften der Azubis in Trier den dritten Platz. *mm*.

www.studierendenwerk-trier.de



Christian Wagner

Ein Steuermann in turbulenten Zeiten, ein sensibler Kommunikator in alle Richtungen – und alles im Ehrenamt: Prof. Dr. Christian Wagner, Professor für Experimentalphysik an der Universität des Saarlandes, hat das Studierendenwerk Saarland als dessen Vorstandsvorsitzender in den vergangenen Jahren erfolgreich und umsichtig begleitet beim Wechsel der Rechtsform vom Verein zur Anstalt des öffentlichen Rechts. Wagner, ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender seit dem Jahr 2017, hat von August 2022 bis April 2023 wegen einer Personalvakanz sogar weitestgehend die operative Geschäftsführung des Studierendenwerks Saarland übernehmen müssen, ehe er sie an Carsten Rast übergeben konnte. Für seine Verdienste erhält Christian Wagner nun die Verdienstmedaille des Deutschen Studierendenwerks. *sg*.

www.studierendenwerk-saarland.de

IMPRESSUM

**DSW-Journal: Das Magazin
des Deutschen
Studierendenwerks (DSW)
Ausgabe 2-3/2023, 18. Jahrgang**

Das DSW-Journal erscheint
dreimal im Jahr

Herausgeber:

Deutsches Studierendenwerk e. V.,
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich:

Matthias Anbuhl,
Vorstandsvorsitzender

Redaktionsleitung:

Stefan Grob (sg.),
stefan.grob@studierendenwerke.de

**Redaktionelle Mitarbeit
und Lektorat:**

Marijke Lass, media*mond*i, Berlin

**Autorinnen und Autoren
dieser Ausgabe:**

Annika Brockschmidt, Christian Füller, Armin
Himmelrath (*him*), Heike Hucht, Michael
Klitzsch, Marijke Lass (*mm*), Britta Mersch,
Karl-Heinz Reith,
Dr. Jan-Martin Wiarda

Grafik:

BlazekGrafik
www.blazekgrafik.de

Karikatur:

Heiko Sakurai

Druck:

Köllen Druck+Verlag GmbH
www.koellen.de

**Das DSW-Journal kostenlos
abonnieren:**

dsvjournal@studierendenwerke.de

Gefreut? Geärgert?**Gelangweilt?**

stefan.grob@studierendenwerke.de

Das DSW-Journal online:

www.studierendenwerke.de

Redaktionsanschrift:

Deutsches Studierendenwerk e. V.
Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin
Tel.: +49 (0)30 297727-20

Internet:

www.studierendenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Bei-

trägen aus dem
DSW-Journal sind nur mit
ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion erlaubt.

Der Bezugspreis ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Hinweis zum Datenschutz:

Wir verwenden Ihre Daten auf dem
Adressaufkleber ausschließlich
dafür, Ihnen das DSW-Journal per Post
zuzustellen. Wenn Sie das DSW-Journal
nicht mehr erhalten möchten, schreiben
Sie dies bitte in einer E-Mail an:
dsvjournal@studierendenwerke.de



KOLUMNE

GROB GESAGT

Business Lunch

*ausgerechnet jetzt 3 Presseanfragen in 10 Minuten
Deutschlandradio Kultur will gleich ein Interview mit uns
WDR-Cosmo auch die VDI-Nachrichten haben mehr Zeit
zum Glück noch ein Kaffee wo ist nochmal diese neue TK-
Studie der zur psychischen Belastung der Studis es fehlt
noch eine Meldung wenn du so weitermachst bist du um
Mitternacht noch nicht*

Der Tag vor dem Druck-Termin dieses DSW-Journals, Ende Juni. Redaktioneller Feinschliff, letzte Arbeiten; der Magazin-Grafiker, die Lektorin und die Druckerei warten.

*ich rufe Sie gerne gleich zurück Herr S. was schreibe ich
bloß in meiner Kolumne? da war doch was mit Gen Z danke
Frau B. bitte richten Sie Frau K. aus dass*

Die Outlook-Erinnerung poppt auf: In zehn Minuten bin ich zum Lunch verabredet! Schnell, schnell, das Telefon umgestellt, den Redaktionsplan eingesteckt, und ich nehme drei Stufen gleichzeitig, wie ich die Treppen herunter eile.

Ich trete ins Freie und gehe am Wildblumengarten vor unserer Geschäftsstelle entlang. Ich gehe durch den Monbijoupark. Die Sonne tritt zwischen den Wolkenschlieren hervor, und auf der anderen Seite der Straßenkreuzung sehe ich meine Freundin und winke ihr zu. Die vom Regen gekühlte Luft atmet sich leicht. Es riecht nach Sommer und Wärme, wie wir uns hinsetzen vor den kleinen italienischen Feinkostladen. Wir freuen uns, dass die Penne all'Arrabbiata so heiß und scharf sind, und wie gut der süße Kaffee dazu passt. Ein angenehm erfrischender Luftzug bewegt den großen Sonnen-

schirm, unter dem wir essen.

Wir unterhalten uns. Meine Freundin fragt mich zwischendurch, worüber ich meine Kolumne schreiben wolle. Weil ich im Juni 2023 auf mehreren Verbands-tagungen Vorträge über die „Gen Z“ und ihr Insistieren auf einer guten Work-Life-Balance

»Als Mittfünfziger tue ich mich schwer mit der Gen Z und ihrer Work-Life-Balance, und wer interessiert sich schon für meine eigene?«

gehört hätte, würde ich gern darüber schreiben. Als Mittfünfziger tue ich mich aber schwer mit dem Thema, und wen interessiert schon meine eigene Work-Life-Balance, erst recht am Tag vor dem Drucktermin?

Dann fällt mir auf: Früher hätte ich an Tagen wie diesen durchgestresst und sicher keine Lunch-Pause eingelegt. Vielleicht habe ich inzwischen gelernt, dass etwas Bewegung und Pausen im Freien für meine Produktivität besser sind als hyper-fokussiertes Schreiben wie am Fließband. Dass ich die besten Ideen nicht am Schreibtisch habe, sondern im Gespräch mit entspannten Menschen.

„Dann betrachte dies doch als Business Lunch“, sagt sie, und ich muss lächeln, und weiß genau, was ich in dieser Kolumne schreibe.

Stefan Grob
Redaktionsleiter DSW-Journal
stefan.grob@studierendenwerke.de

OBERGRABEN STATT ABBEY ROAD



Viel Spaß beim Fotoshooting hatten (v. l. n. r.): Lisa Kämpf, Panagiotis Gkoulios, Andrea Stahl, Ilona Schirmacher, Lorella Ferrieri, Florian Reh, Sandra Trajkovic, Sibylle Balkau, Dirk Heindricks, Hirut-Fikru Tariku.
Nicht dabei sein konnten Uta Hedrich, Kaya Grube, Sonja Obenlüneschloss, Jutta Weber, Baihua Cheng, Marla Echemendia Diaz, Anja Kreuz, Marion Zimmermann, Miriam Bommarito und Stefan Schöttker.



Wer zum Food Court will, dem topmodernen Gastro-Angebot des Studierendenwerks Siegen, muss erst mal durch den Eingang in der jahrhundertealten Stadtmauer am Obergraben hindurch – und steht dann auf einem faszinierenden Markt der Möglichkeiten, um dem eigenen Hunger zu begegnen: An acht Food-Stationen gibt es alles von Pizza bis Pasta, von Tex-Mex bis Veggi, von Asiatisch bis Grill. „Bei uns sind alle willkommen“, sagt Gastronomieleiter Florian Reh, „egal, ob Studierende, Familien oder Rentner*innen.“ Die Offenheit zeigt sich auch im 20-köpfigen Team, in dem mehr als ein halbes Dutzend Herkunftsländer vertreten sind und deren Mitglieder eine gemeinsame Leidenschaft teilen: für gutes Essen aus frischen und oft regionalen Zutaten. Aus Großbritannien ist aktuell zwar niemand dabei – was das Team aber nicht daran hinderte, auf dem Zebrastreifen vor dem Food-Court-Gebäude ein paar Pilzköpfen von der Insel seine Reverenz zu erweisen. him.

www.studierendenwerk-siegen.de

www.foodcourt-siegen.de

Bei Nachhaltigkeit vorneweg

Das Studierendenwerk Erlangen-Nürnberg stellt sich vor



Mathias M. Meyer
Geschäftsführer

»Der enge Austausch mit Studierenden und Hochschulen bildet die Basis unserer erfolgreichen Arbeit. Dank eines starken Teams sehe ich uns gut aufgestellt angesichts aller aktuellen Herausforderungen«



Lorena Henig
Nachhaltigkeitsbeauftragte Hochschulgastronomie

»Wir sind sehr stolz auf das, was wir im Bereich der Hochschulgastronomie beim Thema Nachhaltigkeit bereits erreicht haben. Trotzdem werden wir nicht müde, uns neue Ziele zu setzen«



Sina Pietrucha
Gruppenleiterin Kommunikation & Soziale Dienste

»Die Pflege unserer internationalen Partnerschaften wie auch kulturelle Angebote inklusive des Sprachcafés sind nach dem Ende der Corona-Pandemie und angesichts zunehmender Internationalisierung mehr denn je relevant«

Die 11 Hochschulen und Universitäten

in unserem Betreuungsgebiet haben in den vergangenen Jahren eine Dynamik entwickelt, wie man sie bis dato nicht kannte; nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Krisen ist viel Bewegung in die Hochschullandschaft gekommen. Das allenthalben überragend wichtige Thema Nachhaltigkeit trifft sich teilweise mit den weiterhin hohen Energiepreisen, die an manchen Standorten das Thema Energiekosten in der Hochschulgastronomie verschärfen. Zudem stellen wir fest, dass der Trend zu Online- und Hybridlehre mancherorts auch nach dem Ende der Pandemie anhält, wo die geringe Präsenz am Campus sich dann in geringen Gästezahlen in unseren

WIR WOLLEN INNOVATIV UND AUF DER HÖHE DER ZEIT AKTIV MITGESTALTEN

gastronomischen Betrieben niederschlägt. Daneben machen sich die Folgen der Pandemie insbesondere bei der enormen Nachfrage nach psychologischer Beratung bemerkbar. Dass sich die Studierendenzahlen demografisch bedingt tendenziell im Sinkflug befinden, veranlasst einige Hochschulen dazu, den Weg einer deutlich intensiveren Internationalisierung einzuschlagen; die Folgen sind teilweise sogar steigende Studierendenzahlen und ein deutlich wachsender Anteil internationaler Studierender, was uns vor allem beim Thema Wohnen vor neue Herausforderungen stellt. Nicht unerwähnt bleiben soll die neue Technische

Universität Nürnberg, die als seit Jahrzehnten erste Neugründung einer staatlichen Universität in Deutschland im kommenden Wintersemester den Lehrbetrieb aufnehmen wird. Ein weiterer neu gegründeter Standort ist der Campus Neuburg an der Donau der Technischen Hochschule Ingolstadt. Daneben haben in den vergangenen Jahren auch die Technische Hochschule Nürnberg und die Hochschule Ansbach mehrere zum Teil sehr kleine neue Standorte in oft eher ländlicher Umgebung eröffnet.

Wir wollen bei allen wichtigen Themen nicht hinterherhecheln, sondern im Rahmen unserer Möglichkeiten innovativ und auf der Höhe der Zeit aktiv mitgestalten. Die enge Vernetzung und intensive Kommunikation mit Studierenden und Hochschulen bildet dabei die Basis unserer Arbeit. Ganz oben auf der Liste der Zukunftsthemen steht Nachhaltigkeit: Wir waren und sind bei zahlreichen Themen und Neuerungen die Ersten oder zumindest unter den Ersten in Deutschland, vom CO₂-Label fürs Mensaessen über

Mehrweg-to-go-Behälter (Essensboxen, Getränkebecher und sogar Pizzaschachteln) bis zu Elektroautos, Lasten-E-

Bikes und Photovoltaikanlagen, um nur einige Beispiele zu nennen. Bestätigt und belohnt fühlen wir uns dabei durch positive Erlebnisse wie z. B. wenn wir jüngst von einer Hochschule im Zuge des Aufbaus eines neuen Standorts einen Katalog mit Wünschen hinsichtlich Nachhaltigkeit in der Hochschulgastronomie übermittelt bekommen und gespannt antworten können, dass wir das alles und noch mehr schon seit Jahren haben bzw. praktizieren.

Im Zuge der zunehmenden Internationalisierung gewinnen kulturelle Angebote wie unser Sprachcafé an Bedeutung. Konkrete Wohnheimbauprojekte laufen derzeit in Nürnberg und in Neuburg, in Erlangen und Nürnberg errichten wir zudem zwei neue Kinderbetreuungsstätten. Auch weitere Themen, die Studierende und Hochschulen bewegen - von gendergerechter Sprache bis zu Periodenprodukten - sollen nicht „hinten runterfallen“.

Die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere bei der Gewinnung von Fachkräften macht unsere Mission nicht leichter, aber wir geben weiterhin alles!



72.260

Studierende 2022/2023



308

Beschäftigte 2022



1.446.610

Mensa-Essen 2022

26

Mensen und Cafeterien



6.529.340 €

Umsatz Hochschulgastronomie 2022



3.623

Wohnheimplätze



245,38 €

Durchschnittliche Miete im Wohnheim



594

Beratungskontakte Sozialberatung 2022



9.500

BAföG-Geförderte/Anträge 2022



7.013

Beratungskontakte Psychologische Beratung 2022



2

Kitas von studentischen Trägervereinen mit **44 Plätzen**



3

Kitas in Trägerschaft des Studierendenwerks mit **32 Plätzen**

Krieg gegen die Ukraine: Müssen wir die Zivilklausel in der Wissenschaft neu diskutieren?

LAURA KRAFT (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) UND STEPHAN ALBANI (CDU) IM STREITGESPRÄCH

DSW-Journal: Zivilklauseln gibt es an vielen Hochschulen: die Selbstverpflichtung, keine militärische Forschung durchzuführen. Müssen diese Zivilklauseln nach dem russischen Überfall auf die Ukraine neu ausgelotet werden?

Laura Kraft: Meistens haben sich die Hochschulen selbst für eine Zivilklausel entschieden. Da kann man meiner Meinung nach auch nicht ohne Weiteres eingreifen. Das ist eben ein Akt der Wissenschaftsfreiheit.

Stephan Albani: Da gehe ich mit. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut, das anzutasten für mich nicht infrage kommt.

Kraft: Ich weiß auch nicht, ob man das jetzt vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs alles über Bord werfen sollte. Denn letzten Endes ist es ja so, dass Hochschulen in erster Linie zivile Einrichtungen sind. Trotzdem bleiben Grenzfälle, es gibt Dual-Use-Ergebnisse: Die können sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden. Da muss man jeweils sehr genau draufschauen, mit wem man Kooperationen eingeht. Allerdings glaube ich nicht, dass Bürgerinnen und Bürger Verständnis dafür haben, wenn Militär oder Rüstungsfirmen durch Finanzierung oder Kooperationen Einfluss auf die Hochschulen nehmen.

Albani: Da möchte ich widersprechen: Hochschulen sind ja nichts Losgelöstes, sondern sind Teile der Gesellschaft – genauso, wie am Ende auch die Bundeswehr Teil der Gesellschaft ist. Da stellt sich schon die Frage, inwieweit die Teile der Gesellschaft die Gesellschaft letzten Endes auch als Ganzes tragen. Die Bundeswehr war ja schon lange vor dem russischen Überfall auf die Ukraine weltweit im Einsatz. Und ich habe immer Probleme damit gehabt, wenn wir als Wissenschaftler sagen: Wir als Bürger befürworten einen Einsatz der Bundeswehr – aber wir verweigern ihr die Möglichkeit, sie durch wissenschaftliche Tätigkeiten in ihrem Auftrag zu unterstützen. Das ist für mich eine Doppelmoral.

Kraft: Natürlich gehört die Bundeswehr zu unserer Gesellschaft dazu. Trotzdem: Wenn Hochschulen für sich beschließen, keine militärischen Ziele zu verfolgen, dann sollte man das respektieren. Und wenn es dafür politische Mehrheiten auf Landesebene gibt wie in

Bremen oder Thüringen mit Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen, dann ist das auch zu respektieren. NRW hat die Zivilklausel ja leider vor einiger Zeit abgeschafft.

Albani: Ich kann nur sagen: Forschung und Wissenschaftsfreiheit ist das höchste Gut an dieser Stelle. Und ich würde mich absolut weigern, hier in irgendeiner Weise Einfluss zu nehmen von Seiten der Politik – und zwar egal in welche Richtung. Das heißt: Weder darf die Politik eingreifen, wenn eine Universität entscheidet, dass sie diese Zivilklausel nicht haben will, noch wenn es darum geht, dass sie sie haben will – das hat die Politik nicht zu entscheiden, das haben die Länder nicht zu entscheiden. Das ist alleine Sache der Hochschulangehörigen. Punkt.

Kraft: Trotzdem muss man sehen, dass die Mehrheit der Wissen-



»Aber ich kann doch die Universitäten nicht zwingen, dass sie sich keine Zivilklausel geben dürfen«

Laura Kraft (Bündnis90/Die Grünen), ist grüne Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Siegen-Wittgenstein. Sie ist Mitglied im Kuratorium des Deutschen Studierendenwerks

schaftlerinnen und Wissenschaftler nicht zu militärischen Zwecken forschen will. Wir sollten nicht vergessen: Militärische Forschung könnte im Zweifelsfall auch beeinträchtigen, dass es für Konflikte auch zivile Lösungen gibt. Da müssen wir, glaube ich, ganz genau hinschauen. Der Überfall auf die Ukraine hat uns alle erschüttert und ich glaube, dass wir noch mal ganz neu über geopolitische Sicherheitsaspekte sprechen müssen. Trotzdem bedeutet für mich ein – auch politisches – Bekenntnis zur Zivilklausel keine automatische Ablehnung der Bundeswehr – und keine Doppelmoral, wie Du das genannt hast.

Albani: Ich war selbst beteiligt an einem Projekt, das nannte sich

EINE FRAGE – ZWEI MEINUNGEN In dieser Rubrik bitten wir zwei der fünf Wissenschafts- und Hochschul-Expert/-innen der Bundestagsfraktionen, die in unserem Kuratorium vertreten sind, zum Streitgespräch. **Laura Kraft (Bündnis90/Die Grünen)** und **Stephan Albani (CDU)**



Ria Schröder MdB, FDP
Juristin



Laura Kraft MdB, Bündnis 90/
Die Grünen
Literaturwissenschaftlerin



Nicole Gohlke MdB, Die Linke
Kommunikationswissenschaftlerin



Stephan Albani MdB, CDU/CSU
Physiker



Dr. Lina Seitzl MdB, SPD
Politik- und
Verwaltungswissenschaftlerin

„Sprachverständlichkeitsverbesserung in schallharten Räumen“. Da geht es unter anderem darum, dass man sich in Panzern oder in militärischen Fahrzeugen akustisch besser versteht – und damit die Chance erhöht zu überleben. Ich finde es schwierig, einerseits den Einsatz der Bundeswehr zu befürworten und auf der anderen Seite an dieser Stelle die Forschung einzuschränken. Selbst ohne Zivilklausel kann ich als Forscher ein solches Projekt natürlich ablehnen – so, wie ich beispielsweise auch Tierversuche ablehnen, aber trotzdem mit Computersimulationen im gleichen Feld forschen kann.

Kraft: Ich bin kein Fan davon, die Verantwortung auf das Individuum zu verschieben. Wenn jemand wirklich ganz gezielt auch militärische Forschung machen will, dann muss er sich da vielleicht einfach einen anderen Arbeitgeber suchen.

Albani: Fraunhofer macht solche Forschung. Es gibt Universitäten, die machen solche Forschung. Dann zu sagen: Du musst Dir als Arbeitgeber Heckler & Koch oder was weiß ich wen suchen, das ist nicht zwingend notwendig. Du kannst es auch an einer Universität tun.

Kraft: Aber ich kann doch die Universitäten nicht zwingen, dass sie sich keine Zivilklausel geben dürfen.

Albani: Das will ich ja auch gar nicht! Die Universitäten, bis zum einzelnen Forscher runter, sind frei. Denn Wissenschaftsfreiheit endet nicht bei der Institution und auch nicht beim Einzelnen. Wissenschaftsfreiheit ist die Freiheit der Wissenschaft, über das zu entscheiden, was sie tut – oder eben nicht tut. Wenn natürlich der Gesamtkorpus einer Universität eine Entscheidung fällt, dann ist das eine Mehrheitsentscheidung und der kann ich mich dann unterordnen oder ich kann es sein lassen – dann muss ich unter Umständen die Universität wechseln. Das heißt aber nicht, dass ich deswegen sofort zur Industrie gehe.

DSW-Journal: Könnten Sie sich darauf einigen, dass man sagt: Politik hält sich da komplett raus?

Albani: Ja klar.



»Hochschulen sind ja nichts Losgelöstes, sondern sind Teile der Gesellschaft – genauso, wie am Ende auch die Bundeswehr Teil der Gesellschaft ist«

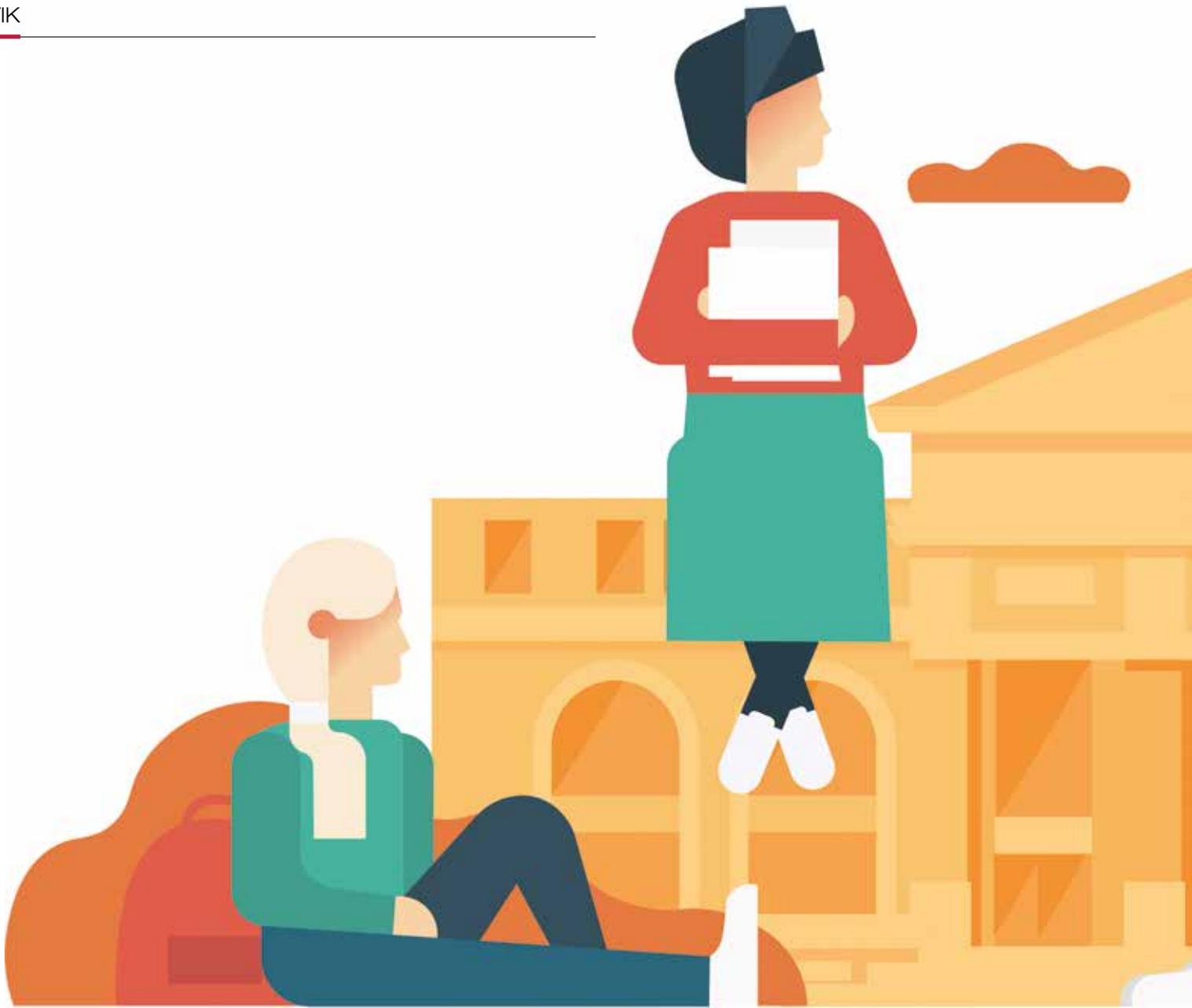
Stephan Albani (CDU), vertritt für die CDU den Wahlkreis Oldenburg-Ammerland. Er ist Mitglied im Kuratorium des Deutschen Studierendenwerks

Kraft: Vor dem Hintergrund der Wissenschaftsfreiheit möchte ich schon die Möglichkeit für Universitäten haben, sich eine Zivilklausel zu geben. Ich glaube aber auch: Wir brauchen diese politische Debatte, die ist wirklich wichtig. Auch deshalb, weil es sein könnte, dass Rüstungsfirmen Einfluss nehmen. Bis zu welchem Grad wollen wir das zulassen? Und was heißt das für die Ergebnisse, zum Beispiel für ihre Veröffentlichung? Ich finde, Hochschulen haben den gesellschaftlichen Auftrag, mit Verantwortung für eine bessere Welt zu sorgen. Dieses Ziel sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

Albani: Entschuldige, dass ich da ein bisschen reingrätschen muss. Wenn wir von Wissenschaftsfreiheit anfangen, dann heißt das: Politik hält sich raus aus der Forschung. Und das bedeutet am Ende auch: Es ist nicht unsere Aufgabe zu entscheiden, ob jeder Wissenschaftler jeden Morgen einen Schwur für eine bessere Welt abgibt. Klar, auch ich wünsche mir eine friedliche Welt. Aber ich stelle fest, dass dieser Wunsch ein Ideal ist, nach dem wir streben müssen – und gleichzeitig unsere Wehrhaftigkeit erhalten.



Das Streitgespräch moderierte für uns der Bildungsjournalist **Armin Himmelrath**



Armutserfahrung gehört in kein Studium

22. SOZIALERHEBUNG

Der „weiße Normstudent aus begüterttem Elternhaus“ hat ausgedient, die Wohnungskrise ist Realität, der Handlungsdruck beim BAföG enorm: eine politische Analyse der 22. Sozialerhebung von **Armin Himmelrath**



Eins vorweg: Es ist gut, dass sie endlich da ist. Nachdem es 2016 die bisher letzte Erhebung gab, die Methodik renoviert wurde und die Daten nach ihrer Erhebung im Sommer 2021 fast zwei Jahre lang unter die Lupe genommen wurden, liegt die neue, die 22. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden jetzt endlich vor - es wurde auch Zeit. Denn die Bildungs-, Hochschul- und Sozialpolitik braucht eine gute Zahlenbasis, auf der sie über die sozialen und finanziellen Belange der Studierenden entscheiden kann. 188.000 Studierende wurden befragt, so viele wie noch nie - das spricht für sehr valide Ergebnisse, damit lässt sich arbeiten.

Die Bundesregierung hat ja schließlich auch ambitionierte Pläne verkündet: „Das BAföG wollen wir reformieren und dabei elternunabhängiger machen“, heißt es im Koalitionsvertrag der Ampel. Von einer BAföG-Neuausrichtung ist da die Rede und von einem „besonderen Fokus auf eine deutliche Erhöhung der Freibeträge“. Genannt werden außerdem die Anhebung der Altersgrenzen, die Verlängerung der Förderdauer, eine Anpassung der Bedarfssätze an steigende Wohnkosten, Teilzeitförderung, ein Notfallmechanismus, vor allem aber: „Freibe-

träge und Bedarfssätze werden wir künftig regelmäßiger anpassen.“

Die Zahlen stammen von vor der „Zeitenwende“

Mit der neuen, 22. Sozialerhebung liegen die notwendigen Daten dafür jetzt auch offiziell vor - auch wenn die wachsende Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Lebenshaltungskosten und den BAföG-Fördersätzen natürlich schon seit Jahren bekannt ist. Nicht nur, weil das Deutsche Studierendenwerk und Studierendenvertreter*innen darauf immer wieder hinweisen, sondern auch, weil das Bundesverwaltungsgericht bereits ein halbes Jahr vor der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags, im Frühjahr 2021, in einem Verfahren deutlich gemacht hatte, dass es die Fördersätze aus dem Wintersemester 2014/15 für verfassungswidrig hält - und seit damals ist die Lücke zwischen BAföG und Bedarf ja auch nicht kleiner geworden.

Gleichzeitig wird hier auch eine Schwäche der Sozialerhebung deutlich: Die Zahlen sind von 2021, sie stammen aus einer Zeit vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, vor dem rasanten Anstieg der Inflation, vor der „Zeitenwende“. Sie sind, um es böse zu formulieren: alt.



**DIE HÄLFTE DER
LEGISLATURPERIODE IST
FAST SCHON RUM – UND
BISHER LIEGT DIE
BUNDESREGIERUNG BEIM
THEMA BAFÖG NOCH
DEUTLICH HINTER DEN
SELBST GESCHÜRTE
ERWARTUNGEN ZURÜCK**

Trotzdem untermauern sie den dringenden Handlungsbedarf bei der Studienfinanzierung: Was bereits 2021 galt, dürfte sich seither eher verschärft als abgeschwächt haben.

Wo also muss jetzt was passieren? Fünf Handlungsfelder für die Sozial-, Hochschul- und die Bildungspolitik schälen sich beim Blick in die Daten heraus:

1. Das Studium als Risikofaktor für Armut: 16,4 Prozent der Studierenden leben mit höchstens 500 Euro pro Monat – oder auch mit deutlich weniger. Das ist dramatisch, denn natürlich braucht unsere Gesellschaft auch diese Studierenden später einmal als bestens ausgebildete Ärztinnen und Sozialarbeiter, als Lehrer und Ingenieurinnen, als Philosophinnen und Psychologen. **Armutserfahrungen gehören in kein einziges studentisches Curriculum, die Studienfinanzierung muss dringend reformiert werden.** Und der Blick auf prekäre Lebenssituationen im Studium darf auch nicht vernebelt werden durch die größer gewordene Gruppe derjenigen, denen es in der akademischen Ausbildung richtig gut geht: Gut ein Viertel (25,2 Prozent) der Nachwuchsakademikerinnen und -akademiker hat einen monatlichen Etat von mehr als 1.300 Euro – um die muss man sich wohl keine finanziellen Sorgen machen.

2. Die wachsende Diversität der Studierenden: Schon bei der finanziellen Situation driften die Lebenswelten der Studierenden auseinander – und das gilt erst recht, wenn weitere Faktoren mit hinzukommen. Zwar betreiben immer noch 80 Prozent ein klassisches Präsenz-Studium. Aber ob das berufsbegleitend stattfindet (5 Prozent) oder im Fernstudium (10 Prozent), ob sie BAföG erhalten (13 Prozent) oder dual studieren (5 Prozent), als Gaststudierende mit nicht-deutschem Pass (15 Prozent) an der Hochschule sind oder mit Migrationshintergrund (17 Prozent) oder auch in einer Mischung dieser und anderer Ausgangsfaktoren, das hat erheblichen Einfluss auf die individuelle Situation – und ist damit eine organisatorische und inhaltliche Herausforderung für die Hochschulen und die dort Lehrenden, derer sie sich annehmen müssen. **Der weiße Normstudent aus begütertem Elternhaus hat ausgedient.** Das sollte spätestens jetzt klar sein. Und dann wird das Studium vielleicht endlich auch für diejenigen etwas leichter zu organisieren sein, die „nebenher“ noch Pflegeaufgaben übernehmen (12 Prozent) – und da sind die 8 Prozent studentischer Eltern noch gar nicht mit eingerechnet.

3. Risikofaktor Miete: 360 Euro sieht das BAföG derzeit als Wohngeld vor für diejenigen, die nicht mehr bei den Eltern leben. 410 Euro geben die Studierenden fürs Wohnen im Schnitt aus – aber eben: im Durchschnitt, mit großen Ausschlägen nach oben und unten, und das sind,

wie gesagt, nur die Daten von 2021. **Die Wohnungskrise ist für Studierende längst Realität.** Die Konsequenz an dieser Stelle ist eigentlich klar: Entweder die BAföG-Förderung wird massiv erhöht und an die Realitäten angepasst, bis hin zu Zuschlägen für besonders teure Studienorte – oder das Angebot an günstigem Wohnraum muss schnell und massiv ausgebaut werden. Mit dem Sonderprogramm „Junges Wohnen“ der Bundesregierung passiert in dieser Richtung ja auch tatsächlich etwas, aber schneller und effektiver dürfte der erste Weg sein.

4. Hochschulen mit der Chance zu echter Inklusion: Drei Viertel der Befragten gaben an, es gehe ihnen gesundheitlich »gut« oder »sehr gut«. Aber: 24 Prozent bezeichnen sich als gesundheitlich eingeschränkt – und 16 Prozent sogar so stark, dass ihr Studium beeinträchtigt wird. Dieser Wert ist seit 2016, seit der 21. Sozialerhebung, noch einmal deutlich angestiegen, damals lag er bei 11 Prozent. Ob das an den Nachwirkungen der Corona-Semester liegt, ist unklar – klar ist aber, dass Unis und HAWs, Kunst- und Musikhochschulen damit zu Umgebungen tatsächlich gelebter Inklusion werden können. **Die Hochschulen können und müssen hier ihre Vorbildfunktion erfüllen und den Inklusionsanspruch mit Leben füllen.** Ohne zusätzliche Ressourcen wird das allerdings nicht gehen, das zeigt auch die gestiegene und weiter steigende Nachfrage der Studierenden nach psychosozialen Beratungsangeboten.

5. Vorsicht vor Zahlenquatsch: Umfangreiche statistische Auswertungen wie die Sozialerhebung bergen immer die Gefahr der Miss-Interpretation von Daten. So lesen sich die rund 1.100 Euro, die Studierende im Monat durchschnittlich zur Verfügung haben, erst einmal ziemlich gut und könnten zum politischen Nichtstun verleiten – ähnlich vielleicht wie die 10 Prozent, die Wohneigentum besitzen. Und dass 63 Prozent der Befragten neben dem Studium arbeiten (müssen), zeigt auch nicht, dass ein Studium locker als Teilzeitbeschäftigung zu bewältigen ist. **Um es klar zu sagen: Nein, den Studierenden in ihrer Gesamtheit geht es nicht übermäßig gut. 49 Stunden für Studium und Arbeit pro Woche sprechen auch nicht für ein lockeres Leben auf Kosten der Allgemeinheit – auch wenn diese 49 Stunden natürlich auch nur ein Durchschnittswert sind.**

Viele Stellschrauben also, an denen gedreht werden kann und muss – zumal die Ampel-Koalition ja auch noch den ganz großen Reform-Wurf beim BAföG angekündigt hat, bei dem der elternunabhängige Garantiebetrag im Rahmen der Kindergrundsicherung direkt an volljährige Studierende (und Auszubildende) gezahlt werden soll, als Grundfinanzierung gewissermaßen. Ganz zu schweigen von der ebenfalls angekündigten Absenkung des Darlehensanteils beim BAföG.

Klar: Russlands kriegerischer Überfall auf die Ukrai-



ARMUTSERFAHRUNGEN GEHÖREN IN KEIN EINZIGES STUDENTISCHES CURRICULUM, DIE STUDIENFINANZIERUNG MUSS DRINGEND REFORMIERT WERDEN

ne war bei der Abgabe dieser politischen Willenserklärungen noch nicht abzusehen. Umso wichtiger ist es jetzt, Farbe zu bekennen: Was kann, was soll von den großen Reformversprechen bei der Studienfinanzierung noch verwirklicht werden? Die Hälfte der Legislaturperiode ist fast schon rum – und bisher liegt die Bundesregierung beim Thema BAföG noch deutlich hinter den selbst geschürten Erwartungen zurück. Viel Zeit bleibt nicht mehr. Nur: Wegducken ist eben auch keine Option.

Die 22. Sozialerhebung online:
www.die-studierendenbefragung.de/aktuelles



DER AUTOR

Armin Himmelrath ist freier Bildungsjournalist in Köln



Amerikas Wissenschaftsfreiheit in Gefahr

WOKENESS

In den USA tobt ein politischer Kulturkampf. Es geht um weit mehr als Rhetorik; die Wissenschaftsfreiheit, Demokratie und sogar Menschenleben stehen auf dem Spiel. Im Zentrum: der republikanische Senator Floridas, Ron DeSantis.
Ein Analyse von **Annika Brockschmidt**

Das Phänomen des amerikanischen „Kulturkampfes“ ist kein neues – der Begriff wurde 1991 von James Davison Hunter in seinem Buch „Culture Wars – The Struggle to Define America“ begründet. Hunter identifiziert darin zwei einander diametral gegenüberstehende Impulse in der amerikanischen Gesellschaft: einen Richtung „Orthodoxie“ und einen Richtung „Progressivismus“. Ersterer geht dabei laut Hunter davon aus, dass die Ursprünge menschlicher Institutionen und Gesetze transzendentaler Natur sind – sie nicht reformierbar und liegen außerhalb des menschlichen Einflussbereichs. Diesem traditionalistischen Weltbild steht ein progressives gegenüber, das laut Hunter das Individuum und die Freiheit ins Zentrum stellt.

Diese Konfrontation hat auch zu einer Neuordnung der politischen Verteilung innerhalb von Religionsgemeinschaften geführt – die nicht mehr wie zuvor entlang von Denominationslinien verlaufen, sondern entlang der Trennlinie Orthodoxie und Progressivismus. Das zeigt sich an der Zusammensetzung der Religiösen Rechten in den USA: Obwohl die Bewegung gern als Synonym mit weißen Evangelikalen definiert wird, ist ihre Zusammensetzung deutlich heterodoxer und besteht vor allem aus einer Koalition von rechtsreaktionären weißen Evangelikalen, Katholiken, Protestanten, denominationslosen Christen, einzelnen Mormonen und orthodoxen Juden. Vereint sind sie unter den politischen Zielen des weißen, christlichen Nationalismus, der statistisch gesehen mit höheren Zustimmungswerten zu autoritärem Einsatz von Staatsgewalt, größeren Widerstand gegen die „interracial“-Ehe, dem Abstreiten von strukturellem Rassismus, der Verfechtung traditioneller, patriarchaler Gender- und Geschlechterrollen und der Befürwortung des Einsatzes von Folter und Todesstrafe einhergeht. Die amerikanische Rechte kämpft den „Kulturkampf“ mit einem sehr realen Ziel: ein Land zu schaffen, in dem vorwiegend weiße, christliche, reaktionäre Männer das Sagen haben und diejenigen, die diese Machtstruktur mittragen.

Symbolik und Moral

Bei diesen „Kulturkämpfen“ geht es um die Frage, wer „wir“ sind, um Abgrenzung, um kulturelle und gesellschaftliche Deutungshoheit – um Symbolik und Moral, erklärt die Politikwissenschaftlerin Julia Mourão Permoser: „Moralische Kontroversen drehen sich um Fragen

von symbolischer Bedeutung für das öffentliche Bild der Nation, für ihre Selbstdefinition als Wertegemeinschaft, die nicht nur durch Zufall und Territorium verbunden ist, sondern auch durch die Tatsache, dass ihre Bürger bestimmte Grundprinzipien teilen. Es ist diese Wahrnehmung, dass ein Thema den Kern dessen berührt, wer wir sind, die vielen Moralfragen eine herausragende Stellung in den heutigen Wertekonflikten verschafft hat.“

Schreckgespenst „Wokeness“

Diese Fragen der Identität und Deutungshoheit haben sich in den USA in den vergangenen Jahrzehnten entlang der Linien bestimmter Themen zugespitzt: Abtreibung, homosexuelle Ehe, Gebete in staatlichen Schulen oder an von der politischen Rechten appropriierten und zu Feindbildern geschliffenen Konzepten wie „politische Korrektheit“. Das jüngste Beispiel dieses von rechts beschworenen Schreckgespensts im „Kulturkampf“ ist das, was Rechte unter „Wokeness“ subsumieren. Was genau sie mit „woke“ meinen, bleibt meist unklar – das muss es auch, da „woke“ für Rechte als reaktionärer Allgemeinplatz für alles fungiert, das gegen weiße, reaktionäre, christliche Sensibilitäten verstößt. Am ehesten lässt sich „Wokeismus“ in ihren Augen als ein gegen Weiße gerichtetes rassistisches Zensurregime zusammenfassen, das Andersdenkende unterdrückt und zu falscher Toleranz zwingt. Hier zeigt sich, wie so häufig, wie Begriffe der Linken oder, wie in diesem Fall, der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, von Rechten gekapert und als rhetorische Waffe benutzt werden: Die Bezeichnung „woke“ entstammt eigentlich dem „African-American Vernacular English“ (AAVE) und bezeichnet ab den 1920er-Jahren in der „in-group“-Verwendung den besonderen Zustand der Aufmerksamkeit, in dem eine schwarze Person sich aufgrund der permanenten Gefährdung von Leib und Leben in einer rassistischen Gesellschaft bewegen muss. Im Laufe der Zeit eigneten sich weiße Progressive das Wort an und veränderten die Bedeutung, um ein generelles Bewusstsein für strukturelle Ungerechtigkeiten auszudrücken.

DeSantis setzt gegen Trump voll auf Kulturkampf

Florida ist zu einem der Epizentren des „Kulturkampfes“ und des einst schleichenden, momentan galoppierenden Autoritarismus der Republikanischen Partei geworden. Gouverneur Ron DeSantis hat sich

vorgenommen, Donald Trump in den Republikanischen Vorwahlen um die Präsidentschaftsnominierung der Partei zu schlagen. Seine Strategie besteht bisher darin, alles auf die „Kulturkampf“-Karte zu setzen – vermutlich in dem Wissen, dass er Trumps Charisma und seine Beliebtheit bei der „Make-America-Great-Again“-Basis nicht übertrumpfen kann. Statt Trumps Showmanship-Autoritarismus ist DeSantis' Marke ein legislativer Autoritarismus: Die von Republikanern kontrollierte Legislative in Florida hat unter seiner Federführung eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, die signalisieren, dass er sich nicht nur an Trump orientiert, sondern auch an illiberalen Autokraten wie Viktor Orbán, Ministerpräsi-

Donald J. Trump,
Republikaner,
US-Präsident von 2017
bis 2021



dent von Ungarn. DeSantis' Kalkül: Er muss sich als noch effektiverer „Kulturkämpfer“ inszenieren und auf seine legislativen Erfolge verweisen. Den „Kampf gegen Woke“ hat er zum Motto seiner Präsidentschaftskandidatur gemacht. „Make America Florida“ heißt es auf seinem Merchandise – ein Versprechen an die Republikanische Basis, eine Drohung an alle, die keine weißen, konservativen Christen sind.

Zensur von Bildungseinrichtungen

Die politische Agenda der amerikanischen Rechten in ihrem Kulturkampf „gegen Wokeness“ hat vor allem zwei große Bereiche: direkte Angriffe auf die Rechte von LGBTQ-Menschen, Zensur von Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten und auch Bibliotheken. „Der ‚Woke Mind Virus‘ ist letztendlich eine Form des Kulturmarxismus“, behauptete DeSantis bei „Fox News“ – und referierte damit über eine antisemitische Verschwörungstheorie. Dieser liegt, auch ohne explizite Nennung, die rechte moralische Panik vor „Wokeismus“ zugrunde. Dahinter vermuten ihre Vertreter die heimliche „Umerziehung“ von Kindern, Jugendlichen und Studierenden in den Bildungsinstitutionen des Landes.

»WE WILL COMPLETELY
DEFUND AND BAR CRITICAL
RACE THEORY (...) ALL WE
TALK ABOUT IS RACE (...)
THE WHOLE SHOW: RACE,
RACE. WE DON'T TALK
ABOUT OUR COUNTRY
BEING GREAT ANYMORE«

»WIR LEHNEN DIE
WOKE-IDEOLOGIE AB –
WIR BEKÄMPFEN DIE WOKEN
IN UNSEREN PARLAMENTEN,
WIR BEKÄMPFEN SIE IN DEN
SCHULEN, WIR BEKÄMPFEN
SIE IN DEN KONZERNEN.
WIR WERDEN UNS NIEMALS
DEM WOKEN MOB ERGEBEN«

Diese angebliche „Indoktrination“ durch „linke Eliten“ betrifft in den Augen ihrer Gegner ein Themenspektrum von Rassismus über Geschichte und African American Studies bis zu LGBTQ-Themen und Gender Studies im Allgemeinen.

Bildungsfeindlicher Kreuzzug

Ron DeSantis ist eine der Speerspitzen des bildungsfeindlichen Kreuzzugs. Dies hat katastrophale Folgen für die schulische und universitäre Lehre in Florida. Die so erlassenen Gesetze wie HB 7 tragen Orwellsche Namen, von Republikanern in Florida betitelt als der „Individual Freedom Act“ oder „Stop W.O.K.E Act“. HB 7 untersagt Lehrpersonal, im Unterricht Konzepte wie Critical Race Theory (CRT), Sexismus, weiße und männliche Privilegien und „Affirmative Action“ sowie strukturellen Rassismus zu behandeln. Das bedeutet konkret, dass beispielsweise Historiker*innen – wenn sie bei den historischen Fakten etwa über Sklaverei oder die Bürgerrechtsbewegung bleiben wollen – automatisch gegen das Gesetz verstoßen würden.

Ein im Jahr 2022 in Florida von Republikanern verabschiedetes Gesetz, das „Diskriminierung von Konservativen“ an Universitäten entgegenwirken soll, erlaubt es Studierenden, Lehrpersonal heimlich im Unterricht aufzuzeichnen, um dann Lehrende und/oder die Universität zu verklagen. HB 233 fordert, dass Fakultätsmitglieder und Studierende an Floridas Universitäten eine



jährliche „intellectual freedom and viewpoint diversity“-Umfrage ausfüllen, in der sie ihre eigenen politischen Positionen angeben müssen. Noch ist diese Umfrage freiwillig.

Critical Race Theory

Fester Bestandteil des rechten Kampfs gegen den mythischen Buhmann des „Wokeismus“ ist die „Critical Race Theory“ (CRT). Republikaner wie DeSantis und Trump behaupten, CRT werde an Schulen gelehrt und bringe weißen Kindern bei, sich für ihr Weiß-Sein zu hassen. Tatsächlich ist CRT eine juristische Philosophie, die an einigen Universitäten im Jurastudium auf Master-Level gelehrt wird. Sie entstand nach den Erfolgen der Bürgerrechtsbewegung und basiert auf dem Gedanken, dass auch danach noch existierende rassistische Diskriminierung darauf aufbaue, dass amerikanische .

Ron DeSantis ist ein US-amerikanischer Politiker der Republikanischen Partei. Seit dem 8. Januar 2019 ist er Gouverneur Floridas. Zwischen 2013 und 2018 war er Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. Er kandidiert für die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten 2024

**EIN IM JAHR 2022 IN FLORIDA
VON REPUBLIKANERN
VERABSCHIEDETES GESETZ,
DAS „DISKRIMINIERUNG
VON KONSERVATIVEN“
AN UNIVERSITÄTEN
ENTGEGENWIRKEN SOLL,
ERLAUBT ES STUDIERENDEN,
LEHRPERSONAL HEIMLICH
IM UNTERRICHT AUFZUZEICHNEN,
UM DANN LEHRENDE
UND/ODER DIE UNIVERSITÄT
ZU VERKLAGEN.**

Institutionen, beispielsweise in der Strafverfolgung, historisch verankerten strukturellen Rassismus beinhalten, der ein radikales Neudenken ebenjener Institutionen erfordere, da ein individueller anti-rassistischer Ansatz nicht ausreicht. Nichts davon wird an den Grundschulen der USA gelehrt, aber der Mythos hält sich hartnäckig.

Das ist der künstlich geschaffenen moralischen Panik zu verdanken, die von dem rechten Aktivistin Christopher Rufo ins Leben gerufen wurde. „Das Ziel ist, dass die Öffentlichkeit etwas Verrücktes in der Zeitung liest und sofort an ‚Critical Race Theory‘ denkt. Wir haben den Begriff dekodiert und werden ihn neu kodieren, um die gesamte Bandbreite kultureller Konstruktionen zu erfassen, die bei den Amerikanern unbeliebt sind“, schrieb er 2021 auf Twitter.

Die Anti-CRT-Panik war die Reaktion des rechten amerikanischen politischen Spektrums auf die breite Unterstützung, die die „Black Lives Matter“-Bewegung 2020 nach der Ermordung von George Floyd erfahren hatte. Aktivistin wie Rufo versahen ihre Anstachelung einer moralischen Panik mit klassischen „red-baiting“. Das Motiv einer heimlichen kommunistischen Übernahme elitärer Institutionen ist seit der McCarthy-Ära Ende der 1940er-/Anfang der 1950er-Jahre fest im Gedan-

kenntum der amerikanischen Rechten verankert - und genau diese Wurzeln bedient Rufo, wenn er behauptet, dass CRT Gleichheit als Tarnmantel benutze, um Neo-Marxismus an Universitäten einzuführen. Diese Behauptung ist zwar unzutreffend, stützt sich aber auf die starke kulturelle Resonanz der Darstellungen aus der Zeit des Kalten Kriegs, in denen die Bürgerrechts- und Arbeiterbewegungen als trojanische Pferde für die kommunistische Machtübernahme dargestellt wurden.

Ziel dieses rechten Narrativs ist bis heute, Antirassismus als elitär, rassistisch und Indoktrination zu brandmarken. Diese Strategie ging vielerorts auf: Glenn Youngkin gewann mit seinem auf CRT ausgerichteten Wahlkampf 2021 die Gouverneurswahl von Virginia. Er konnte seine reaktionäre Agenda hinter der Behauptung verstecken, er engagiere sich nur für Bildung. Gleichzeitig steht die Anti-„Woke“-Panik, in die die Anti-„CRT“-Kampagnen integriert sind, in einer langen Tradition des Anti-Intellektualismus der amerikanischen Rechten, die Universitäten und staatliche Bildungseinrichtungen schon vor Jahrzehnten als angelegene Orte säkularer „Indoktrination“ ablehnte.

Entlassung von Lehrpersonal an Floridas „New College“

Christopher Rufo ist mittlerweile zu einer der wichtigsten Figuren im konservativen „Backlash“ gegen Wissenschaftsfreiheit, Inklusion und den Kampf gegen strukturellen Rassismus aufgestiegen. Sein Einfluss geht weit über Meinungsartikel hinaus: Schon im Jahr 2020 wurde er nach einem Auftritt in Tucker Carlsons Show auf „Fox News“ nach Washington D.C. geflogen, um dort an Donald Trumps „Executive Order“ mitzuarbeiten, die Diversitätstraining in staatlichen Behörden verbot. Aktuell ist Rufo einer der engsten Verbündeten von Ron DeSantis: Rufo war an der Abfassung des „Stop W.O.K.E. Act“ beteiligt und ist zu DeSantis' zentralem Vorkämpfer im „Kulturkampf“ geworden. Floridas Gouverneur berief Rufo und andere politische „Appointees“ in das Kuratorium des New College - Floridas einzigem Liberal Arts College. Die neue rechtskonservative Mehrheit hat seitdem unter Rufos Führung begonnen, Lehrpersonal zu entlassen, Pronomen in E-Mail-Signaturen des Colleges zu verbieten und das Inklusionsbüro zu schließen.

„Unverschämter autoritärer Angriff auf die Hochschulbildung“

DeSantis unterzeichnete im Mai 2023 zwei neue Hochschulgesetze: SB 266 verbietet den Hochschulen und

Universitäten des Bundesstaats Florida, staatliche Gelder für Programme auszugeben, die „DEI-Politik oder sozialen Aktivismus“ (DEI = Diversity, Equity, Inclusion) unterstützen. Alle angebotenen Kurse dürfen außerdem vom Staat auf Theorien überprüft werden, „wonach systemischer Rassismus, Sexismus, Unterdrückung und Privilegien“ fester Bestandteil der USA seien – diese dürfen vom Staat gestrichen werden. Die „American Civil Liberties' Union Florida“ (ACLU) warnt, dass unter SB 266 „die Entscheidung über die Einstellung von Lehrkräften den vom Gouverneur ernannten Personen überlassen wird und Festanstellungen jederzeit überprüft werden können.“ Der deutsche Historiker Thomas Zimmer, der als Gastprofessor in Georgetown lehrt, bezeichnete das Hochschulgesetz als „unverschämten autoritären Angriff auf die Hochschulbildung“ und DeSantis' „Manifestation seiner Vision für die US-Gesellschaft, ein Zeichen für sein zutiefst illiberales, antidemokratisches politisches Projekt.“ Die ACLU in Florida warnte: „Dieses neue Gesetz zielt auf die akademische Freiheit in der Hochschulbildung ab, indem es wichtige Entscheidungen des Lehrkörpers, einschließlich der Einstellung und der Überprüfung der Amtszeit, in die Hände von politischen Beauftragten legt.“ Die „American Historical Association“ fand eindringliche Worte: Bei dem Gesetz handle es sich um „die feindliche Übernahme des Hochschulsystems eines Bundesstaates“. Ein weiteres Gesetz, HB 931, verbietet es den Hochschulen, Studierende und Mitarbeitende zu verpflichten, ein Bekenntnis zu Diversity zu unterschreiben.

Anfang vom Ende Floridas als Wissenschaftsstandort

DeSantis' Umwandlung des liberalen New College in eine staatlich gesteuerte Institution ist eine weitere Blaupause zur „Umstrukturierung von oben nach unten“ von unliebsamen, progressiven Universitäten, sagte Rufo gegenüber der New York Times. Es sei Teil eines größeren Plans der konservativen „Rückeroberung öffentlicher Einrichtungen in den gesamten Vereinigten Staaten“, so Rufo. Die desaströsen Echos der genannten Gesetze Floridas entfalten bereits in anderen Republikanischen Staaten ihre Wirkung: Die „American Association of University Professors (AAUP)“ zählt 57 Gesetze in insgesamt 23 Staaten, die einen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit bilden. Der gemeinsame Nenner dieser Gesetze sei die massive Einschränkung des Unterrichts von „race“, Geschlecht und sexueller Orientierung, die Pflicht zur Erhebung der politischen und intellektuellen Positionierungen von Einzelpersonen, die Kürzung der Mittel für Initiativen, um Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion zu fördern und die Abschaffung der

Festanstellung für Lehrkräfte. Das vernichtende Urteil der AAUP lautet: „Die Legislative von Florida hat eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die zusammengekommen einen systematischen Versuch darstellen, Konformität mit einer engen und reaktionären politischen und ideologischen Agenda im gesamten Hochschulsystem des Bundesstaates zu diktieren und zu erzwingen. Eine Schlüsselkomponente dieser Agenda ist der Versuch, College- und Universitätsprogramme zu zerstören, die Minderheiten dienen, und Ideen und Informationen über ‚race‘, Geschlecht und sexuelle Identität aus den Klassenzimmern zu verbannen, die nicht den Vorurteilen der Politiker entsprechen.“

Für die Zukunft und Qualität von Forschung und Lehre in Florida, aber auch anderen Republikanischen Bun-

DIE „AMERICAN ASSOCIATION OF UNIVERSITY PROFESSORS (AAUP)“ ZÄHLT 57 GESETZE IN INSGESAMT 23 STAATEN, DIE EINEN ANGRIFF AUF DIE WISSENSCHAFTSFREIHEIT BILDEN.

desstaaten, sind diese Gesetze eine Katastrophe. Der Yale-Historiker und Autoritarismus-Experte Timothy Snyder schrieb im März 2023: „Sollte Floridas Hochschulgesetz verabschiedet werden, wird es in Florida keine Universitäten mehr geben. Es wird einige Gebäude geben, in denen politische Beamte sitzen und Steuergelder kassieren, weil sie vorgeben, Dinge zu tun, die sie nicht tun können.“ Das Gesetz wurde verabschiedet – es ist der Anfang vom Ende Floridas als Wissenschaftsstandort.

DIE AUTORIN



Annika Brockschmidt ist Historikerin, Autorin und Journalistin. Sie ist Expertin für die politische und religiöse Rechte in den USA und Europa – ihr Buch „Amerikas Gotteskrieger: Wie die religiöse Rechte die Demokratie gefährdet“ erschien 2021 bei Rowohlt. Sie schreibt u. a. für den Freitag, die Frankfurter Rundschau, den Tagesspiegel, 54books und Religion Dispatches über Politik, Kultur und Religion. Gemeinsam mit Rebekka Endler betreibt sie den Literaturpodcast „Feminist Shelf Control“, und mit Lukas Hermsmeier „Kreuz und Flagge“ über amerikanische Politik.



Viktoria Funk und David Löhrl haben sich heute für das Niedersachsen-Menü entschieden, das durch Unterstützung des Landes Niedersachsen bis Ende 2024 für 2,50 Euro angeboten werden kann. In der Zentralmensa gibt es im Wechsel Fleisch, Fisch oder Pflanzliches.

SATT WERDEN FÜR 2,50 EURO

NIEDERSACHSEN-MENÜ

Warum das Niedersachsen-Menü eine gute Sache ist – und wie Studierende über die fünf niedersächsischen Studierendenwerke darüber hinaus vom millionenschweren Notfonds des Landes profitieren.

TEXT: Heike Hucht

FOTOS: Axel Herzig

Mittags um kurz vor halb zwölf in der Göttinger Zentralmensa: Vor den noch geschlossenen Türen zur Essenausgabe hat sich bereits eine Warteschlange gebildet. Einige junge Frauen und Männer unterhalten sich, andere sind in ihr Smartphone vertieft. Die Ungeduligen treten von einem Fuß auf den anderen. „Ein eher ruhiger Donnerstag“, findet Prof. Dr. Jörg Magull. Der Geschäftsführer des Studentenwerks Göttingen isst hier selbst gern und regelmäßig. „Ich war schon als Student so gut wie jeden Tag in der Mensa“, erzählt er.

Rund 1.700 Sitzplätze verteilen sich in den drei Speisesälen der Zentralmensa, 250 weitere sind es auf der Terrasse. Durchschnittlich 5.000 bis 6.000 Essen gehen hier jeden Tag über den Tresen. Neben dieser gastronomischen Einheit betreibt das Studentenwerk zwei weitere Mensen und acht Cafeterien, allesamt in Göttingen. Im ersten Quartal dieses Jahres hat es insgesamt 382.000 Gerichte verkauft. „Nach dem Einbruch durch die Pandemie haben sich die Besuchszahlen wieder recht gut entwickelt. Verglichen mit dem Jahr 2019 liegen wir zurzeit bei einem Niveau von ungefähr 84 Prozent.“ Einen signifikanten Anteil an der erfreulichen Entwicklung schreibt Jörg Magull dem Niedersachsen-Menü zu. Immerhin entfällt auf die zurzeit beliebteste Mensa-Offerte rund 20 Prozent der Nachfrage.

Auch heute ist der Andrang groß an dem Ausgabeschalter, hinter dem die Servicekräfte das Menü konfigurieren. Kirsten Reese und Sabine Henke-Henze schöpfen im Akkord Preiselbeer-Rahmsauce über gebratene Poulardenbrüste, füllen Petersilienkartoffeln und Kohlrabi-Salat in kleine Schüsselchen. Eine Hauptkomponente und zwei Beilagen zum Festpreis von 2,50 Euro – vollwertig, sättigend, lecker. Damit jede Studentin und jeder Student sich ein warmes Mittagessen leisten kann, so der Gedanke hinter dem Angebot. Alle fünf niedersächsischen Studentenwerke haben das Niedersachsen-Menü im Januar eingeführt. Ein Unterstützungsangebot, das buchstäblich durch den Magen geht.

Soforthilfe für Studierende

Möglich macht diese und weitere Maßnahmen, um die Folgen der grassierenden Inflation für die Studierenden abzufedern, ein Notfonds. Er ist Teil des Nachtragshaushalts, den die rot-grüne Landesregierung Ende 2022 verabschiedet hatte. Auf insgesamt 30 Millionen Euro beläuft sich die Sonderzahlung für die fünf Studentenwerke im Land Niedersachsen. Sie ist nahezu doppelt so hoch wie die jährliche Finanzhilfe des Landes in Höhe von 17,3 Millionen Euro. Der dringend benötigte Zuschuss versetzt die Studentenwerke nicht nur in die Lage, den Studierenden preisgüns-


Prof. Dr. Jörg Magull

»Eine grundsätzlich bessere Finanzausstattung der Studenten- und Studierendenwerke würde uns tatsächlich helfen, in Zukunft die wachsende Mehrbelastung zu schultern und unseren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen: Studierende sozial und wirtschaftlich zu fördern.«

Prof. Dr. Jörg Magull,
Geschäftsführer Studentenwerk Göttingen und
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Studentenwerke


Michael Knüppel

»Natürlich ist eine Soforthilfe erst einmal eine kurzfristige Lösung, mit der die größte Not schnell gelindert werden kann. Und das ist in Hannover gut gelungen. Um Studierende nachhaltig finanziell entlasten zu können, brauchen wir dauerhaft eine Dynamisierung der Finanzhilfe.«

Michael Knüppel,
Geschäftsführer
Studentenwerk Hannover



tige Mahlzeiten zu garantieren. Auch die Wohnheimmieten bleiben trotz der gestiegenen Energiepreise auf dem gleichen Niveau. Mieterhöhungen sind also vorerst vom Tisch. Außerdem können Hilfsfonds für Studierende in Not eingerichtet oder aufgestockt, psychotherapeutische Beratungsangebote erweitert werden.

„Die Soforthilfe ist für uns, und vor allem für die Studierenden, eine sehr wichtige Unterstützung. Gemeinsam mit dem Ministerium haben wir dafür gesorgt, dass die Hilfe schnell ankommt“, sagt Jörg Magull, der gleichzeitig Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Studentenwerke (ARGE) ist. Tatsächlich liegen zwischen Beschluss und Umsetzung nur wenige Wochen. Am 30. November tagte der Landtag, am 20. Dezember wurden die Mittel den Einrichtungen zugewiesen und bereits Anfang Januar hat das Niedersachsen-Menü in den Mensen Einzug gehalten. Doch auch den Verantwortlichen in den Studentenwerken blieb im Vorfeld nur wenig Zeit, um das Maßnahmenpaket auszuhandeln und auszuarbeiten. „Das war eine intensive Zeit mit fast täglichen Digital-Meetings“, erinnert sich der ARGE-Sprecher. Die größte Herausforderung: einen Interessenausgleich zu finden, der für alle Beteiligten fair ist trotz unterschiedlicher Voraussetzungen, insbesondere bei der Energieversorgung. „Schließlich macht es einen großen Unterschied, ob man mitten in der Krise täglich am Spotmarkt Energie einkaufen muss oder dank langfristiger Verträge von günstigen Konditionen profitiert.“ Die-



sen Ausgangspunkt sollte der Verteilerschlüssel ebenso berücksichtigen wie die Zahl und soziale Struktur der Studierenden. Den Einigungsprozess vorangebracht habe vor allem der unbedingte Einigungswille: „Diese 30 Millionen sind eine einmalige Chance. Nutzen wir sie!“ Bei der Verteilung der Mittel ist das Ministerium dem Vorschlag der ARGE voll und ganz gefolgt: An das Studentenwerk OstNiedersachsen fließen rund 11 Millionen Euro, 5,3 Millionen gehen nach Hannover, 5,1 Millionen Euro nach Oldenburg, 3,8 Millionen Euro erhält das Studentenwerk Osnabrück und 4,8 Millionen das Studentenwerk Göttingen. Wie der jeweilige Betrag auf die einzelnen Hilfsmaßnahmen aufgeteilt wird, bestimmt jedes Studentenwerk selbst. „Ein großer Vertrauensbeweis, dafür sind wir den politischen Akteuren sehr dank-



In der Zentralmensa in Göttingen portionieren die beiden Mitarbeiterinnen Kirsten Reese und Sabine Henke-Henze (Bild oben links: v. l. n. r.) das Niedersachsen-Menü. Die Studierenden Viktoria Funk, David Löhl und Sofia Dräger (Bild unten links: v. l. n. r.) entscheiden sich mehrmals in der Woche für das kostengünstige Gericht. Damit gehören sie zu den 20 Prozent der Studierenden, die das Niedersachsen-Menü in der Mensa auswählen.



Ted Thurner

»Mit dem Niedersachsen-Menü machen wir allen Studierenden in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein tägliches Angebot für ein gesundes Mensaessen zu einem sehr günstigen Preis. Das ist ein wichtiges Signal, denn steigende Energiekosten und die allgemeine Inflation treffen viele Studierende stark und erschweren die Studienfinanzierung für sie.«

Ted Thurner,
Geschäftsführer
Studentenwerk Oldenburg

bar“, so Jörg Magull. Bereits im Frühjahr machte sich der niedersächsische Wissenschaftsminister Falko Mohrs selbst ein Bild davon, wie die Sondermittel den Studierenden zugutekommen. Am 1. März folgte er der Einladung der ARGE zum gemeinsamen Mittagessen in der Hauptmensa des Studentenwerks Hannover. „Wir kümmern uns um die Studierenden in Niedersachsen“, so sein Versprechen bei Tisch mit den fünf Geschäftsführern, deren gemeinsame Entscheidung es war, das Niedersachsen-Menü zum plakativen Aushängeschild des Maßnahmenpakets zu machen. Ein stilisierter Pferdekopf, in Anlehnung an das niedersächsische Wappen, einem Schimmel auf rotem Grund, kennzeichnet das Angebot an allen Standorten gut sichtbar. Die Idee für das prägnante Logo stammt ebenfalls aus den eigenen

Reihen. „Einer meiner Mitarbeiter hat es kreiert“, so Magull.

Für die Ausgestaltung des Angebots ist jedes Studentenwerk selbst verantwortlich. In Göttingen fährt man zweigleisig. So ist das Niedersachsen-Menü in der rein vegetarisch-vegane Mensa am Turm, in der Lunchbox und im Bistro HAWK stets ein fleischloses Gericht. In der Zentralmensa, wo Studierende heute die Poulardenbrust mit den beiden Beilagen zum Preis für 2,50 Euro bekommen, hat die Küchenleitung die Menü-Linie ‚Natürlich Fit‘ zum Niedersachsen-Menü umgewidmet. Fleisch, Fisch und rein Pflanzliches stehen hier abwechselnd auf dem Speiseplan. Warum eigentlich? „Wer auf tierisches Protein nicht gänzlich verzichten möchte, kommt so auch in den Genuss des vergünstigten Angebots“, argumentiert der Geschäftsführer.

„Mensa ist alternativlos“

Rund 430.000 Euro hat das Studentenwerk Göttingen für die Finanzierung des Niedersachsen-Menüs eingeplant. Mehr als doppelt so viel werde man brauchen, um die Preissteigerungen von Lebensmitteln und Energie aufzufangen, schätzt Jörg Magull. Denn ohne den Sonderfonds hätte man nicht nur für Bedienstete und Gäste, sondern auch für Studierende die Essenspreise um 45 Cent erhöhen müssen. „Damit möglichst viele Studierende von der Soforthilfe profitieren können, ist das Nie-


Falko Mohrs

»Das Land will den Studierenden neben bundesweiten Unterstützungsleistungen wie der Energiepauschale Hilfen bieten, die schnell, unkompliziert und im Studienalltag unmittelbar wirken. Ein Beispiel ist das Niedersachsen-Menü«

Falko Mohrs, Minister für
Wissenschaft und Kultur
in Niedersachsen


Stefan Kobilke

»Es ist uns ein großes Anliegen, die Studierenden auch in schwierigen finanziellen Situationen mit einer bezahlbaren und attraktiven Hochschulgastronomie zu begeistern. Da ist die finanzielle Förderung des Niedersachsen-Menüs ein wichtiger Baustein«

Stefan Kobilke, Geschäftsführer
Studentenwerk
Osnabrück

Das Studentenwerk Göttingen hat in seiner Zentralmensa die Menülinie ‚Natürlich Fit‘ zum Niedersachsen-Menü umgewidmet. Dieses Menü ist so beliebt, dass sich jeden Tag eine Schlange vor dem Ausgabebüro bildet. Auch die Studierenden David Löhl, Sofia Dräger und Viktoria Funk (v. l. n. r.) sind froh, dass es das Angebot gibt. Allein im ersten Quartal des Jahres wurden bereits rund 84.000 Niedersachsen-Menüs in den Göttinger Mensen an Studierende verkauft.

dersachsen-Menü auf jeden Fall eine gute Sache“, findet Sofia Dräger. Die 24-Jährige studiert in Göttingen Geschichte und Politik. Als Mitglied des Vorstands des Studentenwerks vertritt sie die Interessen ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen. Heute trifft sie sich mit Viktoria Funk (24) und David Löhl (21) zum Mittagessen in der Zentralmensa. Die Jura-Studentin und der BWL-Student sind ebenfalls hochschulpolitisch aktiv, beide gehören dem Stiftungsrat des Studentenwerks an. Alle drei Studierenden der Georg-August-Universität Göttingen besuchen nahezu täglich eine der Mensen.

Für David Löhl sind sie weit mehr als preisgünstige Anlaufstellen, um sich mittags zu stärken. „Als ich im Wintersemester vor dem ersten Lockdown mein Studium begonnen habe, war die Zentralmensa für mich gleich ein wichtiger sozialer Treffpunkt. Von dem Zusammenhalt unserer Mensa-Gruppe profitiere ich noch immer.“ Viktoria Funk gehört ebenfalls einer solchen Gruppe an: „Seit ich in der Bibliothek für mein Examen lerne, ist die Mensa für mich alternativlos.“ Etwa zwei- bis dreimal in der Woche wählt sie das Niedersachsen-Menü, nämlich immer dann, „wenn mir das Gericht zusagt.“ Dass es auch Fleisch und Fisch enthalten kann, findet die Flexitarierin „generell in Ordnung“, auch wenn sie selbst vegetarische oder vegane Offerten bevorzugt. Zuhause handhabt sie das genauso. Sparsam sei sie schon vor der Pandemie gewesen. Doch jetzt werde ihr Supermarkteinkauf noch stärker durch Angebotspreise gelenkt, so die 24-Jährige, die von ihren Eltern unterstützt wird und in der Gastronomie jobbt.

Weil die Jura-Studentin in einem Wohnheim des Studentenwerks wohnt, profitiert sie nicht nur beim Essen von der Sonderzahlung des Landes. Anders Sofia Dräger und David Löhl, die auf dem freien Wohnungsmarkt untergekommen sind. Beiden flatterte bereits im vergangenen Jahr wegen der gestiegenen Energiepreise eine Mieterhöhung ins Haus. „Von den knapp 1.000 Euro, die mir durch meinen Job als studentische Hilfskraft und die Zuwendung meiner Eltern zur Verfügung stehen, fließt inzwischen die Hälfte ins Wohnen“, berichtet die Geschichtsstudentin. Damit ihr Budget bis zum Monatsende reicht, habe sie nur wenig Spielraum. Vielen aus ihrem Umfeld gehe es genauso. „Das preisgünstige Menü nimmt etwas Druck raus.“ Noch besser als den Becher Wasser, der das subventionierte Angebot in Göttingen komplettiert, fände sie allerdings ein Dessert so wie vor Corona. Dennoch: „Dank Niedersachsen-Menü kann ich mir nach dem Essen noch einen Kaffee leisten - ohne schlechtes Gewissen.“ Ein Schluck Lebensqualität, den die 24-Jährige nicht missen möchte.



Langfristige Lösungen auf den Tisch

Auch David Löhl ist ein großer Fan der warmen Mahlzeit zum Preis von 2,50 Euro. Die Umwidmung der abwechslungsreichen Menü-Linie ‚Natürlich Fit‘ kommt ihm sehr entgegen. „Ich esse tatsächlich ziemlich gern Fleisch“, bekennt der 21-Jährige. Für seinen Geschmack sind die Portionen der veganen und vegetarischen Variante etwas knapp bemessen. Vor allem aber bedauert er, dass seine favorisierte Gastro-Einheit nicht mehr zu den Vor-Pandemie-Öffnungszeiten zurückgekehrt ist. Die Abendöffnung der Mensen ist Geschichte, weil sie zu viel Energie kostet. „Abends ebenfalls in der Mensa essen zu können, würde meine Mehrbelastung durch die hohen Lebensmittelpreise im Supermarkt noch besser abfedern.“ Das Niedersachsen-Menü, so das Resümee des BWL-Studenten, sei zwar ein guter Ansatz, doch kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.“



Seine Kollegin im Stiftungsrat sieht das ganz ähnlich. „Eine temporäre Entlastung ist nicht genug. Wir brauchen eine langfristige Lösung, damit Essen und Wohnen für Studierende bezahlbar bleibt“, fordert Viktoria Funk. Deshalb sei eine bessere Finanzausstattung der Studenten- und Studierendenwerke dringend notwendig. Ein Appell, mit dem sie beim Göttinger Geschäftsführer offene Türen einrennt. „Das“, so Jörg Magull, „würde uns tatsächlich helfen, in Zukunft die wachsende Mehrbelastung zu schultern und unseren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen: Studierende sozial und wirtschaftlich zu fördern.“



DIE AUTORIN

Heike Hucht arbeitet als Journalistin im westfälischen Münster. Was sie bei ihrem Besuch in Göttingen besonders beeindruckt hat: wie facettenreich hochschulpolitisches Engagement in der Studierendenschaft gelebt wird, nicht nur wenn es um das Niedersachsen-Menü geht.

Das Niedersachsen-Menü: gemeinsam beschlossen, individuell umgesetzt

STUDENTENWERK GÖTTINGEN

Lösung: In der Zentralmensa wurde die Menü-Linie ‚Natürlich Fit‘ zum Niedersachsen-Menü umgewidmet. Fleisch, Fisch und rein Pflanzliches stehen abwechselnd auf dem Speiseplan. In der Mensa am Turm, in der Lunchbox und im Bistro HAWK ist das subventionierte Gericht stets vegetarisch oder vegan.

Nachfrage: Das subventionierte Gericht ist mit einem Anteil von rund 20 Prozent die derzeit beliebteste Mensa-Offerte. Im ersten Quartal wurden 84.000 Niedersachsen-Menüs verkauft.

Gewichtung: Rund 430.000 Euro fließen voraussichtlich in die Finanzierung des Menüs. Mehr als doppelt so viel sind dafür vorgesehen, die Preissteigerungen von Lebensmitteln und Energie in den Mensen aufzufangen.

STUDENTENWERK HANNOVER

Lösung: Das Niedersachsen-Menü wird im täglichen Wechsel aus den Linien „Veggie & Vegan“ und „Fleisch & Meer“ angeboten. So können möglichst viele Studierende von dem Angebot profitieren.

Nachfrage: Mehr als 20 Prozent der studentischen Gäste entscheiden sich täglich für das Niedersachsen-Menü.

Gewichtung: Der größte Anteil der Soforthilfe soll dazu genutzt werden, die Preissteigerungen in der Hochschulgastronomie abzufangen. Ohne den Zuschuss müssten die Preise für Studierende in den Mensen deutlich erhöht werden.

STUDENTENWERK OSTNIEDERSACHSEN

Lösung: Das Menü ist in der Regel vegan, mindestens aber vegetarisch und besteht aus drei Komponenten, zum Beispiel einer Stärkebeilage, Gemüsesoße und Salat. Laut neuer Mensa-Leitlinie muss das preisgünstigste Gericht immer vegan oder vegetarisch sein.

Nachfrage: Im Mai lag der Anteil des Niedersachsen-Menüs bei rund 35 Prozent der studentischen Essen.

Gewichtung: 2023 werden voraussichtlich rund 32 Prozent der eingesetzten Mittel auf die Subventionierung des Niedersachsen-Menüs entfallen.

STUDENTENWERK OSNABRÜCK

Lösung: In den Mensen ist das Niedersachsen-Menü überwiegend vegan oder vegetarisch. Dazu gibt es eine Flasche Lemonaid oder ChariTea. Hintergrund ist, dass rein pflanzliche Offerten in der Regel weniger als 2,50 Euro kosten, Gerichte mit Fleisch liegen oft darüber. In den Cafeterien werden ausgewählte Baguettes als Niedersachsen-Menü angeboten.

Nachfrage: Viele Studierende freuen sich über das Kombi-Angebot von Hauptgericht plus Getränk. Von Januar bis Ende Mai lag der Anteil des Niedersachsen-Menüs an den verkauften studentischen Essen bei 14 Prozent.

Gewichtung: Die zusätzlichen Fördermittel für die Hochschulgastronomie werden zum Großteil für das Niedersachsen-Menü verwendet.

STUDENTENWERK OLDENBURG

Lösung: Das Niedersachsen-Menü garantiert einen Menüpreis von 2,50 Euro und setzt sich aus einem Hauptgericht und zwei Beilagen zusammen. In unseren Mensen bieten wir es entweder als veganes oder als vegetarisches Gericht an.

Nachfrage: Bis Ende Mai gingen 98.222 Niedersachsen-Menüs für Studierende über den Tresen. Der an Studierende abgegebene Anteil des Hauptgerichts lag bei 34,77 Prozent.

Gewichtung: 501.000 Euro sind 2023 und 2024 für das Niedersachsen-Menü eingeplant – rund 10 Prozent des gesamten Budgets.



Sönke Nimz

»Das Niedersachsen-Menü ist ein wichtiger Baustein zur Entlastung der Studierenden, denn die Mensa ist immer noch die Dienstleistung, mit der wir die meisten Studierenden erreichen. Die Sondermittel des Landes ermöglichen es uns, unserem originären Auftrag nachzukommen: die Unterstützung der Studierenden – gerade auch in schwierigen Zeiten!«

Sönke Nimz, Geschäftsführer Studentenwerk Ostniedersachsen



Sofia Dräger

»Damit möglichst viele Studierende von der Soforthilfe profitieren können, ist das Niedersachsen-Menü auf jeden Fall eine gute Sache!«

Sofia Dräger, 24, studiert Geschichte und Politik an der Georg-August-Universität Göttingen

AUS DRUCKS STARK

STUDIERENDENWERKE UND KUNST

Graffiti-Kunst hat schon lange Einzug gehalten in den Alltag der Studierendenwerke. Die Motive und Aussagen dieser Ausdrucksform sind so vielseitig wie die Studierenden und Studierendenwerke selbst. Eine kleine Graffiti-Reise durch die vielseitige Welt der Studierendenwerke.

TEXT: Marijke Lass

Studentenwerk Schleswig-Holstein

Studienfinanzierung mit Schwung

Im Amt für Ausbildungsförderung geht es sehr gründlich zu: Anträge werden geprüft, bewilligt oder abgelehnt. Aber was spricht eigentlich dagegen, den Eingangsbereich des Amts etwas schöner und ansprechender zu gestalten? Nichts. Und so hat das Studentenwerk Schleswig-Holstein den Künstler Holger Klein ans Werk beziehungsweise an die Sprühdose gelassen. Nun ziert ein schwungvolles Graffiti den Eingangsbereich – und alle wissen sofort, worum es hier geht: ums BAföG.

www.studentenwerk.sh

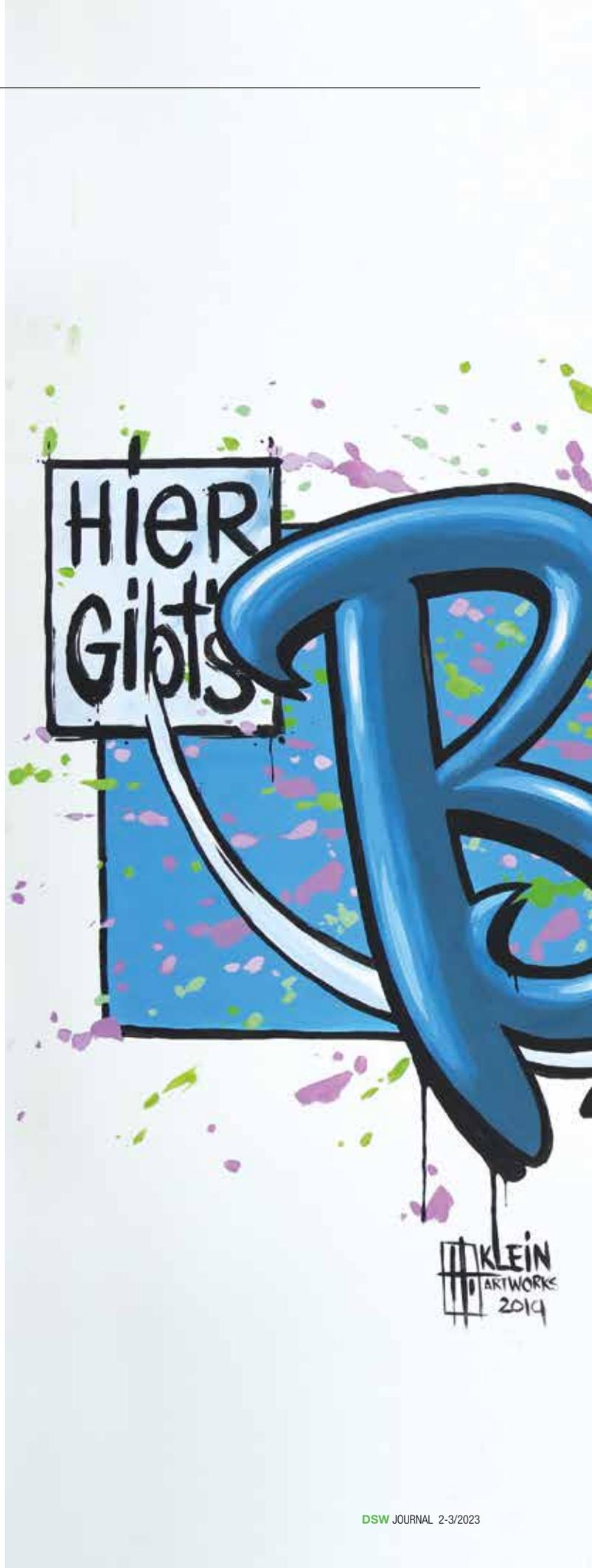




Foto: Studentenwerk Schleswig-Holstein

Studierendenwerk Essen-Duisburg

Graffiti mit Ruhrpott-charme

„Es geht darum, den Studierenden mehr als nur einen Kaffee und eine Mahlzeit zu bieten, sondern eine umfassende Erfahrung, die ihre Sinne anspricht und sie unterhält“, erklärt Michael Kleinfeld, Bereichsleiter Technischer Service, des Studierendenwerks Essen-Duisburg das Konzept der „Gelben Cafete“. Diese liegt auf dem Essener Campus der Universität Duisburg-Essen und wird vom STUDIERENDENWERK betrieben. Im Jahr 2021 wurde sie umfassend saniert. Seitdem verfügt sie über 254 Sitzplätze im Innenbereich und 104 im Außenbereich. Im Foyer gibt es darüber hinaus noch 40 Lernplätze. Das Ambiente ist modern, industriell geprägt mit vielen unterschiedlichen Verweil- und Rückzugsorten, selbstverständlich gut ausgestattet mit zahlreichen Steckdosen für das ein oder andere digitale Arbeitsgerät. Den letzten Anstrich bekam die Gelbe Cafete mit dem vier Quadratmeter großen Graffiti des Kunststudenten Nicolai Solbach. Das Konzept der Erlebnisgastronomie scheint aufgegangen zu sein: Im Jahr 2022 besuchten mehr als 207.700 Gäste die Gelbe Cafete. Ein Zeichen dafür, dass sie sich hier wohlfühlen. Außerdem: Neben ihrer eigentlichen Funktion ist die Gelbe Cafete zudem regelmäßiger Veranstaltungsort für das Sprachcafé Café-Lingua, bei dem man neue Sprachen lernen und neue Freundschaften in netter Atmosphäre schließen kann.

www.stw-edu.de



Studentenwerk Dresden

Welcome Internationals

Das Internationale Gästehaus (IGH) des Studentenwerks Dresden in der Hochschulstraße 50 liegt direkt am Campus der TU Dresden und verfügt über 304 Zimmer – Apartments mit Küche und Bad, Einzelzimmer in Wohngemeinschaften und Doppelzimmer. Eine Mauer umgibt das Gebäude – und lange Zeit war genau das ein Problem, denn die Mauer wurde mit Schmierereien jeglicher Art verunstaltet. 2019 fand das Studentenwerk Dresden eine Lösung: In seinem Auftrag gestaltete der Verein Spike e. V. Dresden, der Freizeitangebote für Jugendliche anbietet, die 48 Meter lange Mauer mit Graffiti. Passend zu den Farben der Gebäudefassade sprayten die Jugendlichen die Ländernamen der vielen internationalen Gäste an die Mauer.

Von grauer Maus zu bunter Katze

Um eine weitere Urban-Art-Gestaltung reicher wurde auch die Gegend um die Studentenwohnheime Budapester Straße, wo ein graues Trafo-Häuschen stand. Es steht zwar immer noch da, aber um ein farbenfrohes Graffiti reicher. Die Jugendlichen von Spike e. V. griffen ein typisches Motiv aus dem Stadtbild auf – eine streunende Katze – und übertrugen es auf den grauen Kasten. In Kürze entstand so aus einer Schmutzdecke ein Hingucker, an dem sich alle erfreuen.

www.studentenwerk-dresden.de



Studentenwerk Oldenburg

Müllplatz mit Stil

Eines Tages zierte ein ungewolltes Graffiti den Zaun, hinter dem sich die Müllentsorgungsstelle der Studentenwohnanlage Pferdemarkt des Studentenwerks Oldenburg befindet. Das gefiel niemandem, sodass die Idee entstand, den Zaun mit einem in Auftrag gegebenen Graffiti zu eigenen Themen wie Nachhaltigkeit und Mülltrennung – übrigens ein ewiges Thema in Studierendenwohnanlagen – gestalten zu lassen. So geschehen im Mai 2022. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Künstlerin und Bühnenmalerin des Oldenburgischen Staatstheaters Lea Reitemeyer bewarb sich für dieses Kunst-im-öffentlichen-Raum-Projekt, bekam den Zuschlag und sprayte ein gut durchdachtes und passendes Graffiti auf den gesamten Zaun. Es entstanden Sprüche wie „Green at heart“ oder „eco not ego“, die perfekt zum Studentenwerk Oldenburg passen und mit denen es sich vollkommen identifizieren kann. Bei der Farbgebung entschied sich die Künstlerin für Farben, die sich harmonisch in die Umgebung einfügen. Fazit: Sowohl das Studentenwerk als auch die 300 Studierenden in der Wohnanlage sowie die Anwohnerinnen und Anwohner sind begeistert.

www.studentenwerk-oldenburg.de



Studierendenwerk Bonn

Briefkästen mit Pepp

Dass Briefkästen nicht alle gleich aussehen müssen, beweist der Briefkasten des Wohnheims Werner-Klett-Haus des Studierendenwerks Bonn in der Lennéstraße 3. Weil das Gebäude interimsmäßig vom Studierendenwerk für seine Verwaltung und die Beratungsbereiche genutzt wird, haben die Briefkästen vor dem Haus gerade keine Funktion. Warum also nicht die ungenutzten Briefkästen verkleiden und mit einem Graffiti-Motiv vom Neubauvorhaben gestalten? Künstler Simon Horn von Highlightz sprayte im Juni 2022 kurzerhand ein Bild vom Neubau, der bis zum Wintersemester 2025/2026 ganz in der Nähe entsteht. Wenn das Wohnheim dann nach Sanierung und Re-Möblierung wieder von 70 Studierenden genutzt wird – und damit die Briefkästen auch wieder als solche Verwendung finden –, wird die Verkleidung einfach abmontiert und im Neubau an geeigneter Stelle als Graffiti-Kunstwerk aufgehängt.

www.studierendenwerk-bonn.de



Studierendenwerk Mannheim

Mit Graffiti gegen Schmiererei

Das Studierendenwerk Mannheim hat an der Außenmauer seines Kinderhauses aus der Not eine Tugend gemacht. Die Not: wild gesprühte Parolen und Schmierereien auf der Mauer. Die Tugend: ein schönes, thematisch passendes und „geplantes“ Graffiti. Das Studierendenwerk Mannheim setzt damit auf den Ehrenkodex, der normalerweise unter Sprayern besteht: „Crosse (übermale) niemals ein Bild, das besser ist als Dein eigenes.“ Das Konzept scheint aufzugehen. Die in Auftrag gegebenen Bilder des Graffiti-Künstlers Simon Kurpick von Fips & Foxy kommen sehr gut an. Gänseblümchen, Lukas der Lokomotivführer aus Lummerland oder der Wichtel mit den spitzen Ohren – insgesamt sechs Motive hat Kurpick für die drei Krippen- und drei altersgemischten Gruppen des Kinderhauses gesprayt. Zusätzlich zieren der Schriftzug „Kinderhaus“ sowie Kindermotive die gelbe Mauer. Im Kinderhaus, in dem auf 600 Quadratmetern 84 Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren betreut werden, freut man sich täglich über die tolle Wandgestaltung. Übrigens: Insgesamt betreut das Studierendenwerk Mannheim rund 25.000 Studierende an fünf Hochschulen. Und je nach Hochschule gibt es in Mannheim zwischen zwei und sechs Prozent studierende Eltern oder alleinerziehende Studierende.

www.stw-ma.de





Studierendenwerk Kassel Urban Art im Hochschul-Kosmos

Im Jahr 2021 wurde das Studierendenwerk Kassel 50 Jahre alt. Eigentlich ein guter Grund zum Feiern, doch die Covid-19-Pandemie beherrschte alles. Also schickte das Studierendenwerk seinen „Mensa-Hopper“ auf die Straße, um die Studierenden mobil zu versorgen. An verschiedenen Standorten verkaufte das Studierendenwerk mit diesem farbenfrohen gestalteten Wagen, der seinen Namen der studentischen Instagram-Community verdankt, Streetfood – Wraps, Bowls und Quesadillas. Und das bunte Graffiti-Outfit? Das gestaltete der Künstler Dustin Schenk von KolorCubes Kassel. Und wer denkt, dass das Ende der Pandemie auch die Ausmusterung des Mensa-Hoppers bedeutete, der irrt. In diesem Sommer wird der Mensa-Hopper als Bar für den Campus-Sommer genutzt, und bei besonderen Events dient er als mobile Catering-Station.

Übrigens – gerade hat das Studierendenwerk Kassel ein weiteres Projekt mit KolorCubes abgeschlossen: Die Gestaltung der Wohnanlage Wolfhager Straße 12 A. In dem ehemaligen Büro-Gebäude wohnen jetzt 26 Studierende. Die Farben Blau für Himmel und Energie, Braunrot für Erde, Stamm und Mittelpunkt sowie Grün für Blätter, Fauna und Wachstum finden sich nicht nur in Wand-Graffitis, sondern auch in einem bunten Mobile von Stefan Saffer wieder, das sich durch das gesamte Treppenhaus zieht.

www.studierendenwerk-kassel.de
<https://kolorcubes.de>



Fotos: Studierendenwerk Kassel

Studierendenwerk Trier

Motiv als Namensgeberin

Prominent ist die mehr als 200 Jahre alte Blutbuche „Silvia“ (*Fagus sylvatica*) schon jetzt: Das gewaltige Naturdenkmal mit einem Kronenumfang von 22 Metern ist nicht nur das Zentrum der Studierendenwohnanlage Martinskloster und „Haus am Baum“, deren Namensgeberin die gewaltige Buche auch ist, sondern nun zierte auch ein Graffiti von ihr den Eingang des 2022 fertiggestellten Wohnheims des Studierendenwerks Trier. Max Schnitzler hat es gesprayed. Damit ist das Graffiti in guter Gesellschaft, denn die Unterführung der Ausoniusstraße, die direkt zum Eingang führt, ist ebenfalls mit gesprayter Urban-Art gestaltet. Wieder ein Beweis dafür, dass Graffiti – bei passenden Motiven und Flächen – wunderbar in die Zeit und ins Stadtbild passen.

www.studiwerk.de



Studierendenwerk Gießen

Farbenfrohes Studierendenleben

Das Wohnheim selbst mitgestalten? Das konnten die Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnheims Grünberger Straße des Studierendenwerks Gießen im Sommer 2019. Das Studierendenwohnheim besteht aus drei Gebäuden mit 426 Plätzen. Zeitweise wohnen hier Studierende aus bis zu 60 Nationen. In einem dreitägigen Workshop mit dem Künstlerpaar Scid und Harti lernten 20 Studierende zuerst die Basics des Graffiti: Design, Sprühtechnik und Farbenlehre. Dann ging es ans Eingemachte: zuerst die Wahl an Motiven und Farben, dann die Ausführung. Das Fazit nach drei Tagen Workshop: Studierende, die sich besser kennengelernt haben, und ein schöneres Wohnheim mit vielseitigen und farbenfrohen Motiven, die sowohl individuell sind als auch ein zusammenhängendes großes Ganzes bilden. Damit spiegeln sie das facettenreiche Leben im Studierendenwohnheim wider.

www.stwgi.de





Studentenwerk Chemnitz-Zwickau

Hoch über Zwickau

Das Lesecafé des Studentenwerks Chemnitz-Zwickau liegt in luftiger Höhe im 8. Stock zwischen den Wohnheimen Haus 1 und 2 an der Innere Schneeberger Straße 23. Doch nicht nur der Blick auf die Innenstadt von Zwickau ist von hier aus attraktiv, sondern auch der auf die Wände des Lesecafés und des Flurs. Denn diese sind mit farbenfrohen Graffiti gestaltet. Entstanden sind diese im Jahr 2022 im Rahmen eines Workshops an der Westsächsischen Hochschule Zwickau, in dem

Studierende gemeinsam mit dem freischaffenden Künstler Rico Gruner Graffiti für das Lesecafé entwickelten und umsetzten. Schnell einigten sich die 15 internationalen Studierenden auf die Motive: Ein witziges Potpourri aus Gemüse und Obst, Schlagworte zum interkulturellen Zusammenleben sowie Motive aus dem Wohnheimleben und aus Zwickau.

Für die 570 Bewohnerinnen und Bewohner der beiden Wohnhäuser ist das Lesecafé ein zentraler Treffpunkt. Entstanden ist es 2012, ab März 2022 wurde es für ukrainische Flüchtlinge zeitweise umfunktioniert. Gerade ist es wieder in das Lesecafé umgewandelt und mit neuen Bücherregalen versehen worden. Nebenbei dient der farbenfrohe Raum auch der Language Corner des International Office der Westsächsischen Hochschule Zwickau als Treffpunkt, zum Verbessern der deutschen Sprachkenntnisse oder um andere Sprachen kennenzulernen. So divers die Graffiti-Motive hier sind, so vielseitig sind auch die Studierenden, die hier zusammentreffen, und die Gründe, warum sie hier sind: zum Lesen, Reden, Lernen – oder einfach nur, um in geselliger Runde bei einem Kaffee oder Tee den Ausblick zu genießen.

www.swcz.de



Studierendenwerk OstNiedersachsen

Das Auge isst mit

Standort Braunschweig Früher war der Raum in der Mensa 1 in Braunschweig nur für erlesene Gäste, z. B. für Professorinnen und Professoren der Technischen Universität Braunschweig. Das ist aber schon lange her. Bis vor Kurzem war der sogenannte Gemüsegarten dann der vegetarische und vegane Teil der Mensa, mit separater Ausgabe und Salatbar. Weil das Auge ja bekanntlich mit isst, wurde der Raum im Zuge eines Umbaus 2016 saniert und danach vom Graffiti-Künstler Sebastian Meyer – alias Ente – verschönert. Ente sprayte Graffitis von appetitlichem Gemüse an die Wände. Mittlerweile gibt es in der gesamten Mensa 1 hauptsächlich vegetarische und vegane Gerichte, und der Gemüsegarten ist ein weiterer Speisesaal.



Wohnanlage mit persönlicher Note

Standort Wolfsburg 1955 wurde das Wohnheim in der Heßlinger Straße in Wolfsburg gebaut. 155 Studierende haben ihr Zuhause in der Wohnanlage des Studierendenwerks OstNiedersachsen. Um dem Bau ein wenig Lokalkolorit zu geben und ihn optisch etwas aufzupeppen, ließ das Studierendenwerk das Wohnheim mit mehreren Wolfsburger Motiven von Graffiti-Künstler Sebastian Meyer – alias Ente – besprühen: so beispielsweise mit dem Schloss, dem Wappen und dem Allersee. Das gibt dem Studierendenwohnheim nicht nur eine ganz persönliche Note, sondern es schützt die Wände auch vor wahllosen und ungewollten Schmierereien unbekannter und vor allem weniger talentierter Sprayer*innen.

www.stw-on.de



DIE AUTORIN

Marijke Lass arbeitet als Journalistin und Lektorin in Berlin. Seit der Recherche zu Graffiti geht sie mit einem ganz anderen Blick durch die Stadt – immer auf der Suche nach gesprayten Motiven.

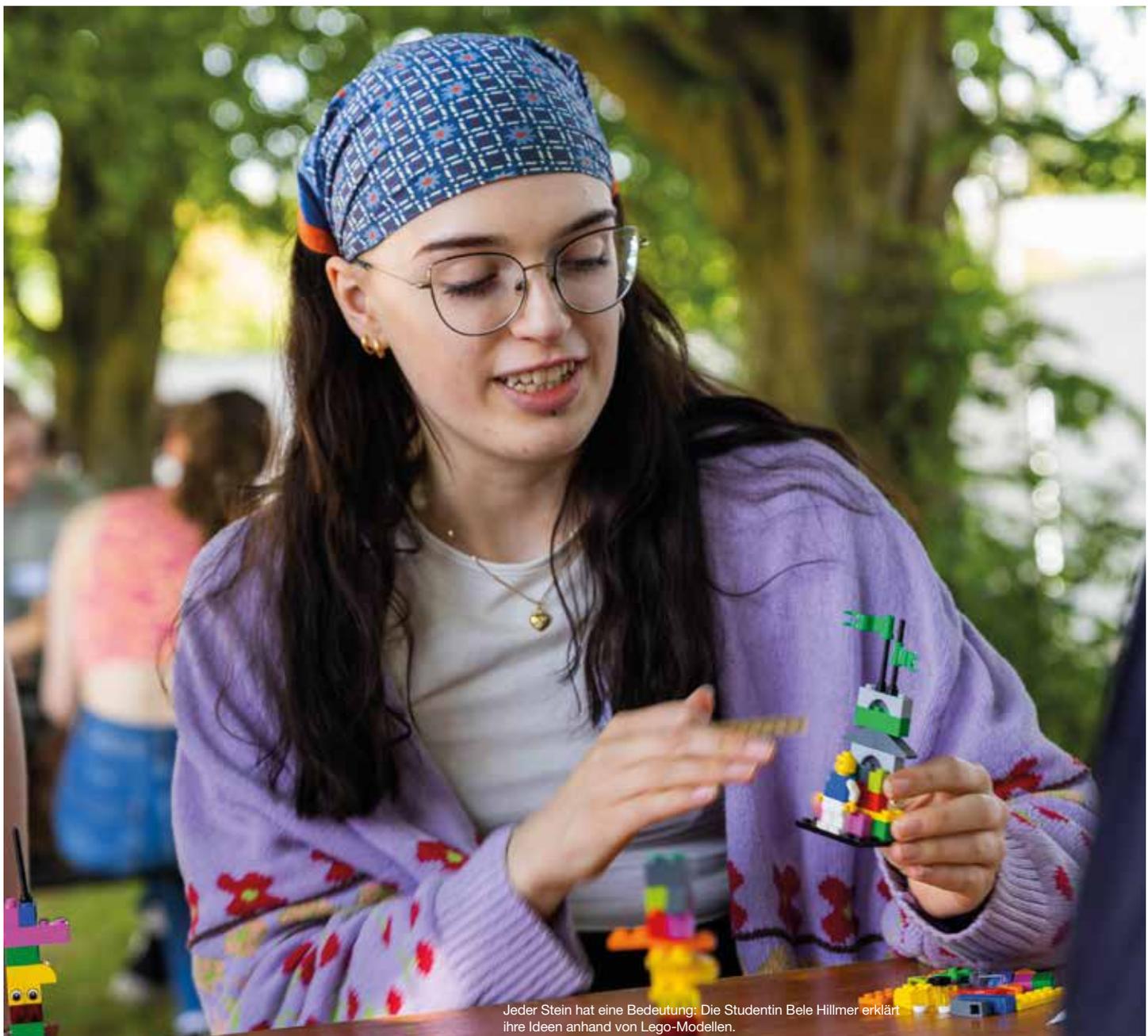
Aufbauende Visionen

STUDENTENWERK SCHLESWIG-HOLSTEIN 2030

Studierende in Kiel haben beim Future Camp des Studentenwerks Schleswig-Holstein Ideen für die Servicebereiche des Studentenwerks der Zukunft entwickelt – auf ganz ungewöhnliche Art und Weise

TEXT: Michael Klitzsch

FOTOS: Jan Quedens



Jeder Stein hat eine Bedeutung: Die Studentin Bele Hillmer erklärt ihre Ideen anhand von Lego-Modellen.

Es ist ein perfekter Sommertag in Kiel. Die Sonne knallt vom Himmel, leise wummert ein Bass über die Wiese hinter dem Sportzentrum der Universität Kiel. Eine Bühne und Zelte werden aufgebaut, morgen Abend steigt hier die „SpoPa“, die Party der Fachschaft Sport zusammen mit dem Kultur- und Eventmanagement-Team des Studentenwerks, die größte Studierendenparty in Schleswig-Holstein. Doch nicht jedem hier geht es in diesem Moment um die bevorstehende Feier: Eine kleine Gruppe, die sich zwischen den Ständen etwas versteckt unter einer Gruppe großer Linden versammelt hat, denkt ganz weit in die Zukunft. Diese Gruppe besteht aus zwölf Studierenden, angeleitet durch Mitarbeitende des Studentenwerks Schleswig-Holstein. Sie entwickeln an diesem Nachmittag Visionen für die Servicebereiche des Studentenwerks im Jahr 2030 - und bauen sie an drei Biertischen aus Lego-Steinen zusammen.

Hinter dieser Runde steckt das sogenannte Future Camp des Studentenwerks Schleswig-Holstein, das im Rahmen seiner Feierlichkeiten zum 101-jährigen Bestehen unter anderem für sich klären will, „wo wir stehen, wo wir hingehen und wie wir in die Zukunft blicken“, wie es Alina Mayorga Reinoso, Leiterin des Bereichs Lernen & Entwicklung im Studentenwerk Schleswig-Holstein, formuliert. Und dazu „wollen wir unsere Zielgruppe hören“, so Reinoso. „Wir möchten wissen: Wie stellt Ihr euch die Servicebereiche, die wir für euch anbieten, 2030 vor?“

Mit Steinen die Welt erklären

Interessant ist unter anderem die „moderierte Methode“, die das Studentenwerk gewählt hat, um diesen Fragen nachzugehen. Denn obwohl auch an diesem Nachmittag in bester Workshop-Manier in den Vorbereitungsrunden mit Filzern an Flipcharts geschrieben und Zettelchen an Pinnwände geheftet werden, wird die Hauptarbeit an den Visionen für das Studentenwerk 2030 mit Lego-Steinen geleistet. Die Methode, die das Studentenwerk anwendet, nennt sich LEGO® SERIOUS PLAY®, ein von der Spielzeugmarke Lego entwickelter „Erfahrungsprozess“, der „in geführten Workshops mit Erwachsenen eingesetzt wird, um den Dialog anzuregen und das Nachdenken zu fördern sowie Problemlösungsfähigkeiten und die Vorstellungskraft zu entwickeln“, wie es blumig auf der Website des Herstellers beschrieben wird. Konkreter gesagt heißt das: Die Teilnehmenden verwenden Lego-Steine, um ihre Gedanken und Ideen darzustellen und zu kommunizieren. Dirk Arndt-Nielsson, Personalleiter im Studenten-



Susann Schrader

»Als Dienstleisterin für eine junge, dynamische Zielgruppe ist es das Wichtigste, deren Wünsche und Bedürfnisse stets im Blick zu behalten. Jugendliche Lebenswelten verändern sich rasant, da dürfen wir nicht auf der Stelle treten oder eine Unternehmensvision entwickeln, die der Realität der jungen Leute nicht entspricht. Wer kann uns bessere Impulse geben als die Zielgruppe selbst?«

Susann Schrader,
Geschäftsführerin des Studenten-
werks Schleswig-Holstein

werk Schleswig-Holstein, war derjenige, der die smarte Baustein-Technik ins Studentenwerk einbrachte und der erste aus dem Unternehmen, der sich zum zertifizierten „Facilitator“ in der LEGO® SERIOUS PLAY®-Methode weiterbilden ließ. Inzwischen gibt es sieben Facilitators im Team des Studentenwerks, die Methode wird in mehreren Bereichen verwendet, etwa im Personalbereich, bei Bewerbungsgesprächen, in der psychosozialen Beratung. Während Arndt-Nielsson eine der durchsichtigen Plastiktüten mit den Lego-Steinen auf dem Biertisch ausschüttet, verleiht er seiner Begeisterung für die kleinen Steinchen Worte: „Was mich überzeugt hat: Ich kann mit diesen Steinen die ganze Welt erklären. Ich kann komplexeste Sachverhalte auf eine ganz einfache Struktur herunterbrechen.“

Tatsächlich haben die Studierenden das Konzept nach wenigen Einführungsrunden an den Tischen verstanden, in denen sie etwa ihren Lieblingsurlaub bauen und dann anhand ihres Modells erklären sollen. Bele Hillmer, 22, studiert Deutsch und Soziologie im sechsten Semester in Kiel und bringt den Kniff der Methode dabei auf den Punkt: „Ach so! Jeder Stein kann alles sein!“ So ist es. Kaja Ehmke, 27, studiert Mathematik und Chemie auf Lehramt im sechsten Mastersemester, und heute ist sie Beles Tischnachbarin. Sie erklärt ihren Traumurlaub anhand einiger Lego-Steine entsprechend so: „Der gelbe und der beige Stein symbolisieren den Strand. Der Bogen und die Fähnchen stellen eine Ruine dar, die dicht am Strand steht. Und das Treppengedöns steht dafür, dass man baden gehen kann.“

Nach den Übungsrunden wird die neu entwickelte Superkraft der Studierenden, alles in Steinchen sagen zu können, für die Zukunft des Studentenwerks eingesetzt. Die Teilnehmer*innen haben sich dafür am Anfang, bevor es an die Tische ging, ein Thema aus der vielseitigen Welt der Studierendenservices ausgesucht, über das sie nachdenken wollen. Tisch eins entschied sich für den Bereich „Wohnen“, Tisch zwei für „Beratung“ und Tisch drei für „Essen und Trinken“.

Servicebereich Wohnen 2030

Laurin Schaeffgen, psychologischer Berater im Studentenwerk Schleswig-Holstein und an diesem Tag als einer der Facilitator im Einsatz, leitet Tisch eins an und stellt die Mission für die Lego-Bauer dar: „Wie sieht für euch der Servicebereich Wohnen im Jahr 2030 aus?“ Drei Minuten hat jede*r der fünf Studierenden an Tisch eins, um ihre bzw. seine individuelle Vision in Steine zu fassen. Lang überlegt wird



hier nicht, schnell und still stecken die Studierenden die Steine zusammen. Dann ist die Schöpfungsphase vorüber, neugierig beäugen die Studierenden gegenseitig ihre Modelle. Nun folgt die Erklärung, wofür stehen ihre Steinhäufen? Kaja hat mehrere gleichförmige Steine verschiedener Farben übereinander gesteckt, ein mehrstöckiges Wohnheim - offensichtlich. Oben drauf sitzt an einer Leiter eine Legofigur. Das stehe für Dachterrassen. Ein durchsichtiger Stein deute den Wunsch



Links oben: Laurin Schaeffgen vom Studentenwerk Schleswig-Holstein erklärt den Studierenden, wie sie mit Legosteinen ihre Ideen ausdrücken können. Unten: In wenigen Momenten kreieren die Studierenden beim Future Camp kleine Lego-Modelle, um darin ihre Vorschläge auszudrücken. Oben rechts: Vorstellungsrunde beim Future Camp auf dem Gelände der Uni Kiel.



Alina Mayorga Reinoso

»Wir können als Unternehmen die Anregungen der Studierenden mit unseren Ideen abgleichen und auf Umsetzbarkeit prüfen. Für die Weiterentwicklung der Organisation ist das ein super Ergebnis«

Alina Mayorga Reinoso, Leiterin des Bereichs Lernen & Entwicklung im Studentenwerk Schleswig-Holstein

nach Wintergärten an, ein grauer Brückenstein eine Bank und damit den Wunsch nach Gemeinschaftsräumen, ein anderer grauer, angeschrägter soll Barrierefreiheit symbolisieren, eine Lego-Blume mehr Grünflächen. Die Lego-Fahne stehe für Gemeinschaftsgefühl, etwa in Form eines gemeinsamen Logos des Wohnheims. „Damit man sich etwas mehr mit dem identifiziert, was da so passiert.“ Ach ja, dann ist da auch noch eine Kuh. Die stehe für einen Streichelzoo. „Für das Wohlbefinden der Studierenden. Weil Tiere streicheln guttut.“ Und der Feuerwehrmann? „Der steht symbolisch dafür, dass Brandschutzmaßnahmen in der Zukunft ernster genommen werden“, erklärt Kaja. „Bei uns im Wohnheim geht sehr häufig der Rauchmelder und kaum einen interessiert das.“

Und das war nur ein Modell. Kajas Tischnachbar* innen bringen in ihren Legobauten noch eine Menge mehr Ideen zum Thema Wohnen ein. Legorädchen, die Windkraft und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien symbolisieren, grüne Steine und Blumenteilchen, die den Wunsch nach mehr Erholungsraum und der Möglichkeit zu gärtnern verkörpern, und einen Lego-Mülleimer voller Steinchen, der eine künftig besser organisierte und funktionierende Mülltrennung anmahnt.

Der nächste Schritt: die Modelle zusammenführen. „Bitte markiert jetzt einmal bei eurem Modell mit einem Fähnchen, was das wichtigste Attribut ist“, weist Laurin Schaeffgen an. Die Runde entscheidet sich für Mülltrennung, viel mehr Wohnheimplätze, mehr Grün und Erholung, das verstärkte Nutzen erneuerbarer Energien wird gleich zweimal genannt. Nun wandern die entsprechenden Legosteine, die diese Attribute symbolisieren, auf die graue Lego-Platte in der Mitte des Tisches, um hier das abschließende Gruppenmodell zu bilden: Hier steht jetzt die Lego-Mülltonne neben einem Windrädchen, und



auch Kajas auf fünf Stockwerken hockende Legofigur hat es in die Mitte geschafft.

Vision vom perfekten Servicebereich

Es folgt eine erste Voting-Runde, bei der alle Gruppenmitglieder mit Karten von 1 bis 5 ausgestattet werden und abstimmen sollen, wie zufrieden sie denn nun mit dem Gesamtmodell sind. Kaja gibt als einzige nur eine 3 von 5. „Was fehlt dir?“, fragt Schaeffgen. „Die Betonung des Gemeinschaftsgefühls, Räume, um sich zusammzusetzen.“ Am ehesten sieht sie das in dem durchsichtigen Stein und dem grauen Brückenstein in ihrem Modell symbolisiert. „Darf ich irgendwo ‘ne Bank mit draufstellen?“, fragt Kaja in die Runde. Na klar, die Gruppe willigt ein. Auch der durchsichtige Wintergarten-Stein wandert in die Mitte. In der nächsten Runde geben alle die Höchstwertung. Die Vision für den Servicebereich Wohnen des Studentenwerks 2030 ist perfekt.

Und nun? Wandern die Legobauten nun in eine Vitrine ins Hauptquartier des Studentenwerks? Nein, wenig später sind die Modelle schon wieder auseinandergebaut. Allerdings wurden sie vorher verewigt. Per Video. Etwa zwei Minuten lang erklärt eins der Teammitglieder das jeweilige Modell, die Gedanken dahinter, die Bedeutung jedes Steins. Schließlich werden diese Videos an die Fachabteilungen des Studentenwerks weitergeleitet.

Alina Mayorga Reinoso vom Studentenwerk ist am Ende sehr zufrieden mit dem Verlauf des Future Camps. „Trotz kleiner Gruppen haben sich alle fokussiert auf die Methode eingelassen und uns mit sehr viel Dynamik tolle Impulse geliefert.“ Die Bedarfe der Studierenden seien deutlich geworden. „Wir können diese als Unternehmen mit unseren Ideen abgleichen und auf Umsetzbarkeit prüfen. Für die Weiterentwicklung der Organisation ist das ein super

Links: Drei Gruppen arbeiten beim Future Camp zu verschiedenen Service-Bereichen des Studentenwerks 2030. Rechts oben: Dieses Lego Windrad steht dafür, mehr erneuerbare Energien im Bereich Wohnen zu berücksichtigen. Rechts unten: Am Ende des Workshops wurden die einzelnen Ideen zu einem gemeinsamen Vorschlag für den jeweiligen Servicebereich auf einer Lego-platte zusammengetragen.



Dirk Arndt-Nielsson

»Was mich überzeugt hat: Ich kann mit diesen Steinen die ganze Welt erklären. Ich kann komplexeste Sachverhalte auf eine ganz einfache Struktur herunterbrechen«

Dirk Arndt-Nielsson, Personalleiter im Studentenwerk Schleswig-Holstein



Bele Hillmer

»Ich hatte den Eindruck, man ist deutlich kreativer. Man baut einfach los und denkt das Ganze nicht so tot. Es ist sehr instinktiv«

Bele Hillmer, 22, studiert Deutsch und Soziologie im sechsten Semester an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel



Ergebnis“, befindet die Mayorga Reinoso. Das findet auch Susann Schrader, die Geschäftsführerin des Studentenwerks. Es war ihr ein zentrales Anliegen, den Studierenden im Rahmen des Jubiläums eine Plattform zu bieten, um die Zukunft des Studentenwerks aktiv mitzugestalten. „Jugendliche Lebenswelten verändern sich rasant, da dürfen wir nicht auf der Stelle treten oder eine Unternehmensvision entwickeln, die der Realität der jungen Leute nicht entspricht“, so Schrader.

Und die Studierenden? Bele fand die LEGO® SERIOUS PLAY®-Methode „cool“. Man sei einfach schnell ins Machen gekommen. „Ich hatte auch den Eindruck, man ist so deutlich kreativer. Man baut einfach los und denkt das Ganze nicht so tot. Es ist sehr instinktiv.“ Auch der Austausch in den kleinen Gruppen sei hilfreich gewesen. „Das war so interaktiver, nachhaltiger. Jeder konnte etwas beisteuern.“

Und ihre tollen Ideen mussten die Studierenden auch nicht ganz umsonst dalassen. Neben kleinen Goodie-Bags gibt’s am Ende für alle Teilnehmenden auch eine Eintrittskarte für die große SpoPa-Party am nächsten Tag. Zukunftsvisionen schließen ja ein bisschen Feiern in der Gegenwart nicht aus.

DER AUTOR



Michael Klitzsch war sehr beeindruckt von Knud Petersen vom Studentenwerk Schleswig-Holstein, der nach dem Workshop mit einer Engelsgeduld alle Lego-Steinchen wieder akkurat in ihre Tütchen zurücksortierte.



Die Digitalisiererin

LYDIA HÜSKENS

Historikerin, Liberale, PR-Fachfrau, ehemals Landtagsabgeordnete und Geschäftsführerin eines Studentenwerks – heute eine der profiliertesten Digital-Politikerinnen. Das alles ist Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt. Porträt einer Ungeduldigen

TEXT: Jan-Martin Wiarda **FOTOS:** Charles Yunck

Vorhin hat sie eine Fahrt im Promille-Simulator absolviert, auf der Nase eine Spezialbrille, die das Sichtfeld einschränkt. Um sie herum Berufsschüler*innen, die das auch dringend ausprobieren wollten. Jetzt steht Lydia Hüskens ein paar Kilometer weiter auf einem Schulhof in Dessau und legt den Kopf in den Nacken. Die Sonne knallt, es ist schwül, aber Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, lässt als einzige ihr schwarzes Jackett an. Über ihr schwebt eine Foto-Drohne, ein paar Meter weiter gackert eine Horde Neuntklässler, und der Mann mit der Fernbedienung in der Hand gibt sich alle Mühe, das verabredete Gruppenfoto zu arrangieren.

Es ist Geodäsie-Projekttag an der Sekundarschule „Am Schilerpark“, das Landesamt für Vermessung und Geoinformation hat auf Initiative von Hüskens Ministerium groß aufgefahren: Winkelprisma, Fluchtstab, Tachymeter, Laserscanner und jede Menge Hightech, alles zum Ausprobieren. Ihr werdet gebraucht, und zwar hier im Bundesland, das ist Teil eins der Botschaft an die Jugendlichen. Teil zwei lautet: Es gibt coole Berufe für euch da draußen. Hüskens plaudert und schwitzt, sie hört zu, in der Hand hält sie zwei Smartphones übereinandergestapelt, eines in Blau, eines in Gelb.

„Ich freue mich richtig, dass das geklappt hat“, sagt Hüskens später, als sie wieder in ihrer Dienstlimousine sitzt, endlich ohne Jackett. „In der Sommerzeit sind die Termine nicht so dicht, da kann ich selbst raus an die Schulen.“ Früher, das heißt: vor zwei Jahren, als sie noch Geschäftsführerin des Studentenwerks Halle war, gehörte der Kontakt mit jungen Leuten, das Nachdenken über ihre Lebenswirklichkeit, zu ihrem Alltag. Heute muss sie sich bewusst die Gelegenheiten suchen. Wichtig für eine 59-Jährige, deren Geschäft die Zukunft ist.

Ein riskantes Projekt

Seit September 2021 im Amt, hat sich Hüskens, zugleich FDP-Landesvorsitzende, bundesweit einen Namen gemacht als eine der versiertesten Digitalpolitikerinnen. Das hat mit einer Reihe kluger strategischer Entscheidungen zu tun, von denen die erste war, überhaupt mit der Forderung nach einem eigenen Digitalministerium Wahlkampf zu machen. Dann, sich nach erfolgreicher Regierungsbildung den früheren Piraten-Parteichef Bernd

Schlömer zum Staatssekretär und „Landes-CIO“ zu ernennen. Und schließlich, als das Bundesministerium für Bildung und Forschung an der Umsetzung der 200-Euro-Energiehilfe für Studierende und Fachschüler*innen zu scheitern drohte, sich nicht wegzuducken, als der Hilferuf kam.

„Wir konnten zeigen, dass wir als kleines Bundesland bundesweite digitale Lösungen hinbekommen“, sagt Hüskens stolz. Tatsächlich hat das neue Online-Portal in Sachen Automatisierung einer Verwaltungsleistung neue Standards gesetzt: Von der Beantragung über die Bewilligung bis zur Anweisung des Geldes vergehen oft nur Minuten, im Normalfall läuft der Prozess ohne Eingriff von Sachbearbeiter*innen ab. In seinem Perfektionismus auch ein riskantes Projekt, aber das passte irgendwie zu Hüskens, die in ihrem Leben schon häufiger gesprungen ist, wo andere eher auf Zeit gespielt hätten.

Sie hat jetzt ein bisschen Zeit zum Erzählen. Von Dessau zum nächsten Termin im Magdeburger Hafen sind es zwar Luftlinie nur gut 50 Kilometer, doch die Fahrt dauert fast anderthalb Stunden. Sie führt durch zahllose Dörfer, vorbei an Baustellen und Umleitungen, die Ministerin bekommt aus erster Hand den Zustand der Infrastruktur in ihrem Bundesland vorgeführt – und die manchmal chaotisch wirkenden Anstrengungen, daran etwas zu ändern.

Magdeburg als neue Heimat

Eigentlich, sagt die promovierte Historikerin und lehnt sich zurück, habe sie Professorin werden wollen, „aber das, was mich da ins Studium gebracht hat, bekam mit der Zeit immer mehr Fragezeichen.“ Nicht nur, weil es so viele Promovierende und so wenig Professuren gab, sondern weil sie bei Praktika ihr Faible für Öffentlichkeitsarbeit entdeckte. Sodass sie nach dem Studium in einer PR-Agentur in Mühlheim anfang. Nach zwei Jahren folgte schon der nächste Sprung, als sie, geboren und aufgewachsen in Geldern an der niederländischen Grenze, das Angebot bekam, nach Magdeburg zu gehen, ins Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. 1992 war das, man sprach noch von „den neuen Bundesländern“, und die wurden für Hüskens zu ihrer neuen Heimat, die sie bis heute nicht mehr loslässt. Hier sind ihre Kinder geboren und aufgewachsen.

Lydia Hüskens über ...

... das Online-Portal „Einmalhilfe200.de“: Die Entwicklung war für uns als kleines Bundesland eine Herausforderung - aber auch die große Chance zu zeigen, dass Verwaltungsvorgänge tatsächlich komplett digital funktionieren können.

... die Digitalisierung des BAföG: Ein Thema, über das wir hoffentlich nächstes Jahr nicht mehr reden müssen, weil das BAföG-Antragsverfahren dann nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern überall in Deutschland komplett digitalisiert sein wird: vom Antrag bis zur Bewilligung in den Studierendenwerken.

... das Deutschlandticket für Studierende: Eine verpflichtende deutschlandweite Lösung sehe ich skeptisch, weil sie für die meisten Studierenden in Sachsen-Anhalt erhebliche Mehrkosten bedeuten würde. Die Studierenden müssen vor Ort abstimmen können. Gut, dass die Diskussion sich jetzt in diese Richtung bewegt.

... das deutsche Hochschulsystem der Zukunft: Das Studium wird deutlich digitaler sein, eine Mischung von Präsenz- und Online-Modulen. Was sich aber nie ändern wird: dass das studentische Leben vor allem im Hier und Jetzt, im analogen Raum stattfindet.

... die Studierendenwerke: Sie werden auch in Zukunft gebraucht und ungefähr so aussehen wie heute. Die Vielfalt ihrer Angebote zum Wohnen, Leben und Kulturerleben brauchen auch künftige Studierendengenerationen.



Nach zehn Jahren im Ministerium wurde sie im Jahr 2002 in den Landtag gewählt, sie wurde Fraktions-sprecherin für Finanz- und Sozialpolitik und parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Landtagsfraktion. „Das war nun ganz und gar mein Ding“, sagt Hüskens. „Das Diskutieren, das hohe Tempo, das Gestalten und Entscheiden.“

Umso bitterer für sie, als die Liberalen 2011 aus dem Landtag flogen und Hüskens zurückmusste in den Landesdienst. Sie landete im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft, aber das ging gar nicht mehr für sie. „Da zu sitzen und immer schon zu wissen, wie der Tag läuft, und nichts an der Schlagzahl ändern zu können“,

sagt Hüskens, und während sie erzählt, drückt sie einen Anruf weg, wirft erst einen Blick aufs blaue, dann einen Blick aufs gelbe Handy. „Mir war klar: Bevor ich kirre werde, muss ich etwas anderes machen.“

Leitthema Digitalisierung

Dieses Andere kam in Gestalt des Studentenwerks Halle, das eine neue Geschäftsführerin suchte. 200 Mitarbeiter*innen und ein Spektrum vom studentischen Wohnen über die Mensen bis hin zum Semester-ticket und der Digitalisierung des BAföG. Überhaupt, die Digitalisierung, sagt Hüskens, „das hat nichts mit meinem Studium zu tun, aber in jeder Phase meines Berufslebens tauchte das als Leitthema wieder auf“.

Das andere Leitthema, das für sie als Liberale stets besonders wichtig war: vieles ermöglichen, aber möglichst wenig vorschreiben. „Die Grenze ist auch in meinem Job als Studentenwerk-Geschäftsführerin gewesen, wenn ich anfangs, erwachsene Menschen zu etwas zu zwingen.“ Etwa dazu, sich in Mensen fleischlos zu ernähren. Weshalb auf den Speiseplänen des Studentenwerks Halle unter ihrer Führung immer beides gestanden habe: vegane Menüs und auch solche mit einem hochwertigen Stück Fleisch. Insofern, sagt Hüskens, halte sie auch gar nichts von Forderungen nach einem verpflichtenden Deutschland-Ticket für Studierende. „Zum Glück scheint das vom Tisch zu sein.“ Ansonsten, fügt sie bedauernd hinzu, sei sie aktuell nicht mehr so drin in den Studierenden-Themen. „Aber der Blick für die junge Generation und ihre Belange, der ist schon geblieben“, sagte sie - und so engagiert, wie sie eben aus ihrer Studentenwerks-Zeit berichtet hat, fällt es leicht, ihr das zu glauben.

„Sachsen-Anhalt fährt hoch“, war der Slogan, mit der Hüskens als FDP-Spitzenkandidatin ihre Partei im Frühjahr 2021, inmitten der Corona-Pandemie, zurück in den Landtag geführt hat. Und sie selbst fuhr mit, als Ministerin und zweite stellvertretende Ministerpräsidentin.

Der erste stellvertretende Ministerpräsident heißt Armin Willingmann, ist seit 2016 Minister für Wissenschaft und Wirtschaft für die SPD und hat die Zuständigkeit für Digitalisierung 2021 an Hüskens abgetreten. Unter seiner Ägide hat Sachsen-Anhalt - wiederum für den gesamten Bund - die BAföG-Beartragung digitalisiert. Allerdings, so wie damals vereinbart, nur die Beartragung.

Pragmatisch, konziliant, durchsetzungsfähig

Fragt man ihn nach seiner Kollegin, antwortet Willingmann mit mehr als nur diplomatische Höflichkeit. „Es ist ein Vorteil, dass mit Lydia Hüskens jemand für die Digitalisierung zuständig ist, die die Studierendenwerke so gut kennt und so auch eine Nähe hat zu hiesigen Hochschuleinrichtungen.“ Er lobt ihre pragmatische Art, sie sei ebenso konziliant wie durchsetzungsfähig.



hig, ohne jemals laut zu werden. „Und das mit den 200 Euro war ein gutes, professionelles Zusammenspiel zwischen ihrem Ministerium und meinem, nachdem das Bundesforschungsministerium die Angelegenheit ziemlich verschleppt hatte.“

Ein kleiner Seitenhieb auf Bettina Stark-Watzinger, wie Hüskens Mitglied im Bundespräsidium der FDP – die aber immerhin schließlich den kurzen liberalen Dienstweg nach Sachsen-Anhalt zu nutzen wusste.

Wenn man sich abseits des offiziellen Protokolls in der Magdeburger Politszene umhört, stößt man allerdings auch auf Stimmen, die sagen, Hüskens und ihre Landes-FDP würden noch mit jedem bundespolitischen Streitthema auch in Sachsen-Anhalt eine Welle zu starten versuchen. Und so zupackend und im positiven Sinne ungeduldig Hüskens sei, stelle sie allmählich doch selbst die Diskrepanz fest zwischen den hochfliegenden FDP-Digitalisierungsankündigungen im Wahlkampf – und der real existierenden Umsetzung in einem Bundesland, das etwa beim Breitbandausbau immer noch auf den hinteren Plätzen liege.

Ihr Termin mit dem ministeriumseigenen Logistikbeirat hat offiziell schon vor ein paar Minuten begonnen, als ihr Fahrer im weitläufigen Magdeburger Hafengebiet zwischen Containern, Kränen

und Flachbauten auf die Schranke vor dem Gebäude der Hafen GmbH zukurvt, doch die Ministerin lässt sich nicht aus der Ruhe bringen. Sie sagt, natürlich wäre es besser gewesen, wenn man schon vor zwei, drei Jahren nicht nur die BAFÖG-Beantragung, sondern auch die Bearbeitung

der Anträge in den Studierendenwerken digitalisiert hätte, aber da habe – Stichwort Föderalismus – „zunächst wohl das vollständige Bild gefehlt“. Es klingt nicht wie ein Vorwurf, eher wie eine Feststellung.

So wie es auch nach Feststellung klingt, wenn Hüskens hinzufügt, dass man über dieses Thema hoffentlich nächstes Jahr nicht mehr reden müssen, weil dann die Komplett-Digitalisierung des BAFÖG erledigt sei, „nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern überall in Deutschland“. Und doch ist auch das nur ein Baustein zu dem, was Hüskens, kurz bevor sie das Jackett wieder anzieht und raus in die Hitze geht, als ihre wichtigste Mission formuliert: die Modernisierung der Verwaltung und die Digitalisierung aller ihrer Leistungen. „Schauen Sie sich doch um“, sagt sie, „die Wirtschaft, die Industrie und Logistik sind längst im digitalen Zeitalter. Die Verwaltung muss da endlich hinterher“.

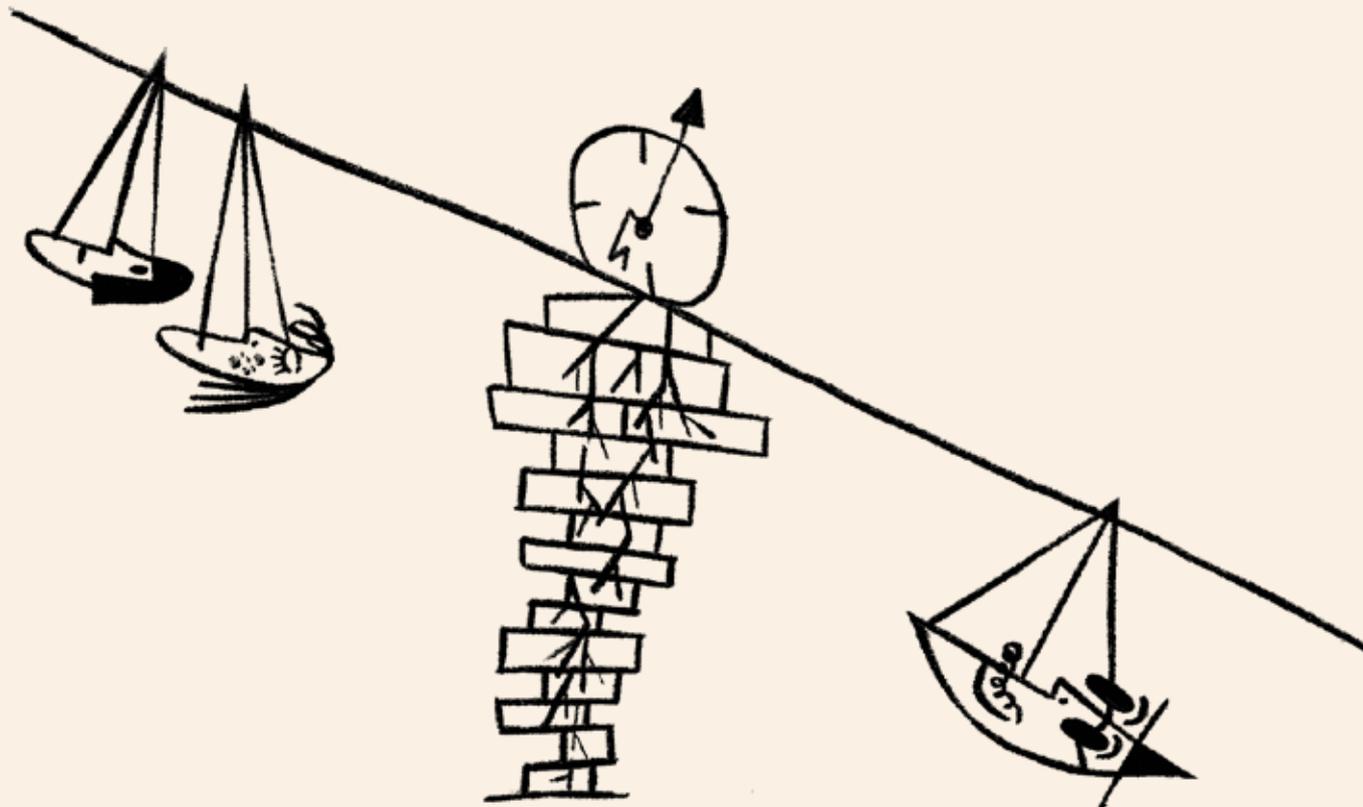
ZUR PERSON

Dr. Lydia Maria Hüskens, 59, wurde in Geldern an der niederländischen Grenze geboren. Sie studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Publizistik in Münster. Nach ihrer Promotion stieg sie als PR-Beraterin bei einer Agentur in Mühlheim ein. 1992 ging sie nach Magdeburg und arbeitete zehn Jahre lang im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Seit Ende der 1980er-Jahre in der FDP aktiv, kandidierte sie 2002 erfolgreich für den Landtag von Sachsen-Anhalt und wurde unter anderem parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Fraktion. 2011 verpasste die FDP die 5-Prozent-Hürde, Hüskens verlor ihr Mandat und kehrte in den Staatsdienst zurück. 2015 wurde sie Geschäftsführerin des Studentenwerks Halle, bevor sie 2021 als Spitzenkandidatin die FDP wieder in den Landtag führte. Hüskens ist Landesvorsitzende ihrer Partei, Mitglied des FDP-Bundespräsidiums, zweite stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Infrastruktur und Digitales. Sie hat zwei erwachsene Kinder.

DER AUTOR



Jan-Martin Wiarda ist Journalist, Moderator und Blogger. Er war überrascht, was Magdeburg für einen großen Hafen hat – und erfährt von Lydia Hüskens, wie der Klimawandel die Schiffbarkeit der Elbe beeinträchtigt, weil durch die längeren Trocken- und Dürre-Perioden ihr Pegel sinkt



KarlsRUHisierung der Hochschulen

PROFESSOR*INNEN-MEHRHEIT

Vor 50 Jahren hat das Bundesverfassungsgericht die absolute Machtstellung der Professor*innen in Forschung und Lehre zementiert. Bis heute gibt es Zweifel, ob das unseren Hochschulen wirklich gut getan hat. Eine Analyse von **Karl-Heinz Reith**

Wer sich mit diesem wohl legendärsten Verfassungsurteil in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Hochschulen vom 29. Mai 1973 beschäftigt, kommt an der Vorgeschichte wie auch an dem geistigen Klima nicht vorbei, das in den 1950er- und 1960er-Jahren - und zum Teil auch noch bis in die 1970er-Jahre hinein - an den Hochschulen wie auch in der westdeutschen Gesellschaft vorherrschte. Kaum eine Universität hatte auch nur annähernd ihr eigenes Verhalten im Nationalsozialismus aufgearbeitet. Kaum einer der älteren Professoren stellte sich selbst und anderen Kollegen die kritische Frage, wie es den NS-Ideologen gelungen war, entgegen jedem wissenschaftlichen Selbstverständnis die Macht in den Dekanaten und Hochschulleitungen

im Sturm an sich zu reißen. Von der massenhaften Vertreibung jüdischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ganz zu schweigen. Und auch der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) hatte seinen Anteil daran.

In der deutschen West-Nachkriegsgesellschaft dominierte aus der Sicht vieler junger Menschen der spießbürgerliche „Mief und Muff“ der Nachkriegs-Ära unter CDU-Kanzler Konrad Adenauer. Die Professoren an den Universitäten pflegten eine strenge Ordinarien-Hierarchie. Als Studienanfänger waren wir in den ersten Semestern ja in der Regel auch noch gar nicht „volljährig“. Erst 1975 wurde in der alten Bundesrepublik das Volljährigkeitsalter von 21 Jahren auf die Vollendung des 18. Lebensjahr herabgesetzt. Wer die Freundin am

Hochschulort besuchen wollte, wurde nicht selten von resoluten Zimmerwirtinnen des Hauses verwiesen. Denn laut Mietvertrag war „Herrenbesuch“ oft nur bis 22:00 Uhr erlaubt. Unsere wenigen Kommilitoninnen wurden von den Professoren freundlich mit der Anrede „Fräulein“ angesprochen. Und der „Herr Rektor“ war natürlich „Seine Magnifizenz“.

Es war aber auch zugleich die Zeit eines inneren Umbruchs. Im November 1967 gelang es zwei Studenten bei der feierlichen Rektoratsübergabe in der Hamburger Universität ein Transparent zu entrollen: „Unter den Tälaren – Muff von 1.000 Jahren“ – in Anspielung auf das von den Nazis ausgerufene „Tausenjährige Reich“. Der Slogan des Transparents wurde zu einer der wesentlichen Parolen der Studentenbewegung der späten 1960er-Jahre. Verlangt wurde Demokratisierung und Mitbestimmung – nicht nur an den Hochschulen, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Forderungen erreichten die Politik. Der Ruf von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung Ende Oktober 1969, „Mehr Demokratie wagen“, prägte den damaligen Zeitgeist und ermunterte einige reformorientierte Wissenschaftsminister in den Ländern wie auch die Bundesregierung, über neue Hochschulmodelle wie die Integrierte Gesamthochschule und erweiterte Formen der Mitbestimmung nachzudenken.

Es ging um die Ablösung der althergebrachten „Ordinarienuniversität“ mit dem alleinigen Entscheidungsmonopol der Professoren. Der Ruf nach „Drittelparität“ zwischen den Gruppen der Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Studierenden in allen Hochschulgremien wie im Senat wurde laut. Es ging um Stimmgleichheit der verschiedenen Gruppen in einer demokratischen Gruppenuniversität – in Anlehnung an das Humboldtsche Universitätsideal einer „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ und in der Hoffnung, dass durch solch eine Form der Gremienbesetzung zwischen den verschiedenen Gruppen ein interner Einigungszwang, ja quasi ein Zwang zum Kompromiss durch „praktische Vernunft“ entsteht.

Der Widerstand konservativer Professoren formierte sich unter anderem im „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Als erstes klagten 398 Professorinnen und Professoren gegen einzelne Bestimmungen des „Niedersächsischen Vorschaltgesetzes“ von 1971. In den neuen Mitbestimmungsregeln der Gruppenuniversität sahen sie ihre in Artikel 5 (3) Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit bedroht.

Das Bundesverfassungsgericht gab den Klägern in diesem zentralen Punkt recht. Bei Entscheidungen, die unmittelbar Fragen der Lehre, der Forschung oder der Berufung von Hochschullehrer*innen betreffen, müsse bei der Gremienzusammensetzung und der Gewichtung von Stimmen der „herausgehobenen Stellung“ der Professoren Rechnung getragen werden. Das heißt, sie dürfen bei diesen Fragen als Gruppe nicht überstimmt werden. Zur Enttäuschung der klagenden Hochschullehrer*innen verstieß jedoch die grundsätzliche Mitwirkung aller Hochschulmitglieder in dem Mo-



Es ging um die Ablösung der althergebrachten ‚Ordinarienuniversität‘ mit dem alleinigen Entscheidungsmonopol der Professoren. Der Ruf nach ‚Drittelparität‘ zwischen den Gruppen der Professoren, Wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Studierenden in allen Hochschulgremien wurde laut

dell der Gruppenuniversität nach Auffassung der Richter nicht gegen die Verfassung. Also Mitbestimmung ja – aber bitte nur in Maßen.

Wir Studierende sprachen in jenen Jahren von „Karlsruhisierung“ der Hochschulen. Heute kann man über die Frage, was bei einer „echten“ Drittelparität an den Hochschulen anders oder gar besser gelaufen wäre, nur spekulieren. Sicherlich: Die Studienreform wäre vielleicht insgesamt schneller vorangekommen. Das gilt besonders für die Zeit der Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse vor gut 20 Jahren. An mancher Hochschule wurden die Inhalte von acht- bis zehensemestriigen Diplom-Studiengängen zunächst ohne größere Abstriche in die neuen sechssemestriigen Bachelor-Studiengänge gepresst. Dank der Hochschullehrer-Mehrheit in den Gremien konnte gar manche Professorin, mancher Professor das absolute Lieblingsthema auch in die neuen Studienordnungen „hineinretten“. Vielleicht wäre auch so manche Berufung anders verlaufen und mehr Wert auf die Qualität der Lehre gelegt worden.

Der studentische Dachverband fzs, freier Zusammenschuss von student*innenschaften, spricht heute vom „Muff eines aus der Zeit gefallenen Urteils“. Doch machen wir uns nichts vor: Das Urteil scheint in seinen Grundsätzen einen vermeintlichen Ewigkeitscharakter zu haben. Politische Mehrheiten für einen generellen Neuanstoß einer Debatte mit dem Ziel Ausweitung der Mitbestimmung sind weit und breit nicht in Sicht. Das Land Thüringen hat mit seinem Landeshochschulgesetz versucht, den von den Karlsruher Richtern vorgegebenen Spielraum bei der Stimmengewichtung in den Gremien zugunsten der Mitarbeitenden und Studierenden liberaler auszulegen als andere Länder. Ob die Regeln auf Dauer Bestand haben, muss sich noch erweisen. Andere Bundesländer, vor allem unionsgeführte, haben dagegen in ihren Landesgesetzen die Professor*innen-Mehrheit über den vorgegebenen Karlsruher Rahmen hinaus sogar noch gestärkt. Hier ergäben sich politische Ansätze für Gesetzesnovellen – wenn vielleicht auch nur in einem sehr bescheidenen Rahmen.



DER AUTOR

Karl-Heinz Reith, 73, ist freier Journalist in Berlin und Zeitzeuge dessen, was er hier analysiert



”

RAN AN DIE STRUKTUREN!

13 Fragen an ...

KATJA URBATSCH

Gründerin und Geschäftsführerin von ArbeiterKind.de

1 Sie feiern gerade 15 Jahre Arbeiterkind. Hat sich eigentlich etwas gebessert für benachteiligte Studierende?

Ich glaube schon. Als ich vor 15 Jahren Arbeiterkind startete, hatte ich nicht das Gefühl, dass die Leute wissen, was nicht-akademische Studis sind. Heute schon.

2 Ist Arbeiterkind eine Marke?

Sicher, aber das ist mir nicht so wichtig. Uns liegt die Zielgruppe am Herzen, und die ist jetzt ein Begriff. Heute engagieren sich viel mehr Institutionen, etwa indem sie Stipendien für Benachteiligte vergeben. Gleichwohl sind die Probleme immer noch die gleichen. Wir müssen an die Strukturen ran.

3 Welche meinen Sie?

Das wichtigste Thema: Studienfinanzierung. Das ist der größte Hebel - und entscheidend dafür, ob jemand aus nicht-akademischem Haushalt ein Studium aufnimmt. Das BAföG ist nicht mehr zeitgemäß. Es braucht eine Reform! Inflation und steigende Kosten sorgen schnell dafür, dass sich viele Arbeiterkinder gegen ein Studium entscheiden. Weil sie es nicht finanzieren können und ihren Eltern nicht auf der Tasche liegen wollen. Selbst die Semesterbeiträge sind gestiegen - zum Teil auf 400 bis 500 Euro.

4 Ist das BAföG gut genug, um das aufzufangen?

Nein. Semesterbeiträge, Computer, Handy, Drucker, Internet - das alles bildet sich in der Studienförderung nicht ab. Ein anderes Thema ist der Zeitfaktor. Ich war gerade an einer Hochschule, wo die Bearbeitungszeit für den Antrag bei acht Monaten liegt.

5 Können Studierende acht Monate vorfinanzieren?

Für viele ist das nicht machbar. Die Studis brauchen das Geld, sonst werden sie sehr schnell nervös. Das Beson-

dere an Arbeiterkindern ist, dass sie eine hohe Sensibilität für Risiken haben.

6 Wie sähe ein cooles, wirksames BAföG aus?

Es muss einfach sein. Man muss sich darauf verlassen können. Und es muss die Kosten decken. Ich würde es unbürokratischer machen. Das ganze Kontroll-System ist darauf ausgerichtet, dass nicht irgendjemand einen Euro zu viel kriegt. Aber das würde ich in Kauf nehmen - dafür, dass Tausende Studis dann profitieren, weil das Geld schneller ankommt.

7 Wären nicht höhere Freibeträge ein Hebel, damit mehr Studierende BAföG kriegen?

Inzwischen gibt es genauso viele Studis, die aus Sorgen vor den Schulden kein BAföG beantragen, wie Studis, die BAföG erhalten. Ohne Darlehensanteil hätten wir direkt doppelt so viele Anträge.

8 Was sagt eigentlich die neue, 22. Sozialerhebung über die Lage der Studierenden?

Die ist leider nicht so aufschlussreich, weil da der sogenannte Bildungstrichter schon wieder fehlt. Man kann nicht auf den ersten Blick erkennen, wie viele Akademikerkinder und wie viele Arbeiterkinder den Sprung in die Unis schaffen.

9 Gibt es einen Satz, den Sie nicht mehr hören können?

„Wenn man wirklich will, dann kann man es auch schaffen.“ Das vernachlässigt die Hürden, die Nicht-Akademiker haben. Dass sie oft ohne jedes Sicherheitsnetz leben. Dass sie nicht selten am Existenzminimum entlangschrammen und Existenzängste haben.

10 Hat der muslimische Junge in der innerstädtischen Loser-Schule das katholische Arbeitermädchen vom Land abgelöst?

Ablösen ist das falsche Wort. Es bleibt ein „sowohl als auch“ der Benachteiligten. Es gibt immer noch das katholische Arbeiterkind vom Land. War ich selber ja auch.

11 Finden Sie genug Mentorinnen und Mentoren?

Wir haben Tausende, die sich engagieren. Und wir haben 80 lokale Gruppen, die insbesondere in Schulen gehen. Das ist inzwischen unser Herzstück.

12 Die Eine-Million-Dollar-Frage: Wie sieht die ideale, sozial offene Hochschule aus?

Ich glaube, unsere Zielgruppe braucht mehr Teilzeitstudiengänge. Und zwar ein Teilzeitstudium, das trotzdem einen BAföG-Anspruch begründet.

13 Schreiben Sie Ihre Dissertation über Arbeiterkinder?

Nein. Ich bin Amerikanistin. Ich schreibe über Geld und Finanzwirtschaft im US-amerikanischen Roman seit den 1970er-Jahren.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Autor, Moderator und Pisa-Versteher. Füller auf Twitter: @ciffy

ZUR PERSON

Katja Urbatsch, 44, hat eine reiche akademische Laufbahn hinter sich. Sie studierte Nordamerikastudien, BWL und Publizistik an der FU Berlin und an der Boston University. Danach war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Inzwischen arbeitet sie an ihrer Dissertation. Aber Urbatsch ist auch die erste Akademikerin ihrer Familie. „Ich hätte mir damals sehr gewünscht, dass jemand in meine Schule kommt und mir erzählt: Was heißt es eigentlich zu studieren? Kann ich das? Was erwartet mich da?“ 2008 hat sie Arbeiterkind gegründet und dafür inzwischen das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten.

www.arbeiterkind.de

Beate Schücking trifft ... Matthias Weingärtner

Gespräch zwischen der Präsidentin des Deutschen Studierendenwerks und dem Jura-Studenten aus dem Verwaltungsrat des Studentenwerks Potsdam



ZUR PERSON

Prof. Dr. Beate A. Schücking ist seit Januar 2023 Präsidentin des Deutschen Studierendenwerks, als erste Frau in diesem Amt. Von 2011 bis 2022 war die 66-jährige Ärztin und Psychotherapeutin Rektorin der Universität Leipzig.

Britta Mersch: Frau Schücking, was erhoffen Sie sich von diesem Gespräch?

Beate Schücking: Ich bin neugierig, mit Herrn Weingärtner einen weiteren Studierenden kennenzulernen, der sich im Verwaltungsrat eines Studierendenwerks engagiert, und zu erfahren, wie die Situation in Potsdam ist.

Mersch: Und Sie, Herr Weingärtner?

Matthias Weingärtner: Ich freue mich darüber, dass die ehrenamtlich engagierten Studierenden, die in den Gremien der Studierendenwerke aktiv sind, mit Ihnen einen neuen Fokus bekommen im Deutschen Studierendenwerk.

Mersch: Der Verwaltungsrat des Studentenwerks Potsdam ist zu 50 Prozent mit Studierenden besetzt ...

Weingärtner: Das Gremium paritätisch zu besetzen, ist absolut richtig, weil die Verantwortlichen nicht nur über Studierende sprechen, sondern mit ihnen.

Schücking: Profitieren Sie bei Ihrer Tätigkeit im Verwaltungsrat von ihrem Studium?

Weingärtner: Auf jeden Fall. Ich finde einen guten Zugang zu den Texten und Verordnungen, mit denen wir uns im Verwaltungsrat befassen. Wir arbeiten auch viel mit dem Land Brandenburg zusammen. Das Studium hilft mir, Zusammenhänge gut nachvollziehen zu können.

Schücking: Gibt es denn auch Situationen, die Sie besonders beanspruchen im Spannungsfeld zwischen Studium und Verwaltungsrat?

Weingärtner: Im Verwaltungsrat sind wir dafür verantwortlich, die Finanzen unseres Studentenwerks in geordneten Bahnen zu halten – aber auch dafür, dem Studentenwerks-Beitrag, den die Studierenden entrichten, eine angemessene Höhe zu geben. Trotz vieler Abwägungen habe ich mich dafür eingesetzt, den Beitrag nicht anzuheben, weil es für viele Studierende jetzt schon finanziell schwierig ist, Stichwort Corona und Inflation. Mir ist bewusst, dass das Studentenwerk Potsdam viel leistet, gerade auch für internationale Studierende. Trotzdem haben wir uns entschieden, den Beitrag der Studierenden bei 50 Euro im Semester zu belassen, und haben das Land Brandenburg stärker in die Pflicht genommen.

Schücking: Mich interessiert Ihr Blick auf die Mobilität der Studierenden. Wie steht es um das Semesterticket?

Weingärtner: Die Situation ist in Potsdam genauso schwierig wie an anderen Standorten auch. Es liegt ja bei den Studierendenvertretungen, die Bedingungen für das Semesterticket zu verhandeln. Da haben wir wieder das Problem mit dem Flickenteppich. Beim 49-Euro-Ticket geht es jetzt darum, Bund, Länder und eine gesetzlich legitimierte



Vertretung der Studierendenschaft an einen Tisch zu holen und zu diskutieren, wie ein deutschlandweites Semesterticket aussehen kann. Auch hier macht der Föderalismus eine einheitliche Regelung schwierig.

Schücking: Wenn wir über Potsdam sprechen, fallen mir auch die jüngsten negativen Schlagzeilen zum Uni-Campus in Golm ein. Offenbar rechtsextreme Jugendliche haben mehrfach Studierende angegriffen, offenbar aus trans- und homophoben Gründen ...

Weingärtner: Unser AstA engagiert sich stark. Er will ein Zeichen setzen, dass Gewalt gegen queere Studierende nicht toleriert wird. Es gibt immer wieder Aktionen auf dem Campus und Mahnwachen. Ich begrüße das sehr, weil wir in Potsdam Vielfalt und Diversität leben wollen. Auch die Stadt nimmt sich der Problematik an, so wie ich es mitbekomme. Es gibt verstärkt Kontrollen, mehr Polizeipräsenz, auch die Jugendarbeit wird ausgebaut. Das sind alles wichtige und richtige Schritte, um ein Zeichen zu setzen gegen verbale und körperliche Gewalt jeglicher Art.

Schücking: Herr Weingärtner, warum ist Ihnen das zivilgesellschaftliche Engagement so wichtig?

Weingärtner: Meine Mutter ist in Chile in der Pinochet-Diktatur aufgewachsen und sie hat mir mitgegeben, wie wertvoll es ist, in einem Land zu leben, in dem man seine ei-

gene Meinung sagen kann. Deswegen streite ich mich auch gern mal für die gute Sache. Und dafür eignen sich die studentischen Gremien sehr gut.

Mersch: Können Sie sich vorstellen, nach Ihrem Studium in die Politik zu gehen?

Weingärtner: Zumindest wäre das Jurastudium eine gute Voraussetzung dafür (lacht). Ob es mich aber tatsächlich in die Politik führt, weiß ich noch nicht. Interessant fände ich es auf jeden Fall, aber ich habe ja auch noch ein bisschen Zeit..



ZUR PERSON

Matthias Weingärtner studiert Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam und engagiert sich ehrenamtlich sowohl im Verwaltungsrat des Studentenwerks Potsdam als auch im DSW-Studierendenrat; außerdem ist er in den vergangenen drei Jahren Verhandlungsführer für das Semesterticket in Berlin/Brandenburg gewesen. Weingärtner ist Mitglied der Liberalen Hochschulgruppe und hat als Schüler die Bundesschülerkonferenz mit initiiert und aufgebaut.

DIE MODERATORIN



Dieses Gespräch zwischen Beate Schücking und Matthias Weingärtner fand am 25. Mai 2023 in Leipzig statt; geleitet hat es **Britta Mersch**, freie Journalistin in Köln. Besonders schön fand sie ein Moment abseits des Gesprächs. Eine junge Frau fragte, wo es in der Nähe ein günstiges Mittagessen gebe – und ahnte nicht, dass die DSW-Präsidentin persönlich ihr den Weg zur Mensa beschrieb.

Ich engagiere mich!

BETEILIGUNG Ehrenamtliches Engagement im Studium, an der eigenen Hochschule – das Thema bewegt: 422 Design-Studierende aus 50 Hochschulen haben mehr als 800 Plakatentwürfe eingereicht bei unserem 37. Plakatwettbewerb. Am 19. Juni 2023 haben wir Preisverleihung gefeiert im Museum für Kommunikation Berlin.

FOTOS: Kay Herschelmann



2. Platz: Verena Mack von der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main mit ihrem Plakat „Überforderung“

Prof. Richard Jung von der Hochschule Niederrhein, Sprecher der Fach-Jury

Siegerin mit Siegerinnen-Plakat: Jennifer Heil von der Hochschule Düsseldorf gewinnt den Wettbewerb – und 3.000 Euro Preisgeld

Ebenfalls zweitplatziert: Philip Tran von der Hochschule Düsseldorf

Prof. Andrea Nienhaus, ebenfalls Jury-Mitglied, von der IU Internationalen Hochschule

Anja Schaluscke, links, Direktorin des Museums für Kommunikation Berlin, und Dr. Lena Walter, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Rund 100 Gäste nahmen an der Preisverleihung am 19. Juni teil



Wir haben die Schnauze voll.



Hilf unseren Meeren mit deiner Spende: [wwf.de/plastikflut](https://www.wwf.de/plastikflut)

**STOPP DIE
PLASTIK
FLUT**

Der WWF arbeitet weltweit mit Menschen, Unternehmen und Politik zusammen, um die Vermüllung der Meere zu stoppen. Hilf mit deiner Spende!

WWF-Spendenkonto: IBAN DE06 5502 0500 0222 2222 22



Spende und werde ein Teil von uns.
seenotretter.de

Bei jedem Wetter. Auf Nord- und Ostsee. Seit 1865.



Einsatzberichte, Fotos, Videos und
Geschichten von der rauen See erleben:

    **#TeamSeenotretter**



— Spendenfinanziert —